

# **AiR** Aktiv im **Ruhestand**

Januar/Februar 2017 – 68. Jahrgang

1/2

## Das ändert sich 2017: **Klarer Durchblick**



Seite 5 <

**Abschaffung der  
Beihilfe:  
Risiken und  
Nebenwirkungen**

Seite 18 <

**Zukunftsprojekte für  
Senioren:  
Besser leben durch  
Forschung und  
Technik**

**mit  
dbb Seiten**



# Auf den ersten Blick ...

... bleibt auch 2017 für Senioren alles beim Alten. Abgesehen von Kleinigkeiten der Weltpolitik, der spannend zu werden versprechenden Bundestagswahl, ebenso spannenden Landtagswahlen und anderen Unwägbarkeiten. Was sich sofort ändert, hat die Politik ohnehin schon vorher ausgeheckt: AiR gibt in diesem Heft einen Überblick über alle wichtigen Änderungen, von denen Senioren 2017 betroffen sein können. Ist dieser Schock erst einmal verdaut, hilft vielleicht ein Einkaufsbummel mit vielen Rabattcoupons, um sich danach beim Seniorentanz fit zu halten. Mit diesen und anderen Themen verspricht das neue Jahr mit Aktiv im Ruhestand spannend zu werden.

## Impressum:

**AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Alexandra Hagen-Freusberg (ahf), Rüdiger Heß (rh) Thilo Hommel (th) Oliver Krzywaneck (krz) und Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** © Artur Marciniac / Fotolia.com. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden. **Bezugsbedingungen:** Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 34,90 € zzgl. 5,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,75 € zzgl. 1,15 € Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte schriftlich an den dbb verlag. Abbonementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Layout:** FDS, Geldern. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740. **Anzeigenverkauf:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 58 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Nr. 46, gültig ab 1.10.2016. **Druckauflage:** dbb magazin 598 746 Exemplare (IVW 3/2016). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 16 000 Exemplare (IVW 3/2016). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

ISSN 1438-4841



## > Schwerpunkt: Das ändert sich 2017:



4



6



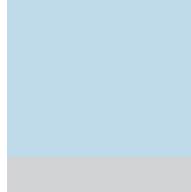
8



10



20



### Editorial

- > Terror in Deutschland: Weitermachen ohne Rattenfänger 4

### Aktuell

- > Abschaffung der Beihilfe: Risiken und Nebenwirkungen 5
- > Ost-Rentenangleichung: Zu spät, zu langsam, falsch finanziert 7
- > Pflegeberufe und Ausbildung: Die Reform stockt 7
- > „Post Persönlich“: Service für Senioren eingestellt 8

### Standpunkt

- > Das Altern neu lernen 6

### Aus den Ländern

- > Landesseniorenversammlung M-V: Vorstand gewählt 8
- > BRH NRW: Ist Pflege noch bezahlbar? 9

### Brennpunkt

- > Steuern und Soziales: Das ändert sich 2017 10

### Medien

- > Kundenkarten und Coupons: Bunte Bonuswelt 15

### Leserbriefe

- 17

### Vorgestellt

- > Zukunftsprojekte für Senioren: Besser leben durch Forschung und Technik 18

### Blickpunkt

- > Seniorentanz: Alles, außer taktlos 20

### Satire

- 22

### Buchtipps

- 23

### Gewinnspiel

- 24

## dbb

- > Einkommensrunde 2017: „Es ist genug Geld da!“ 25
- > Missbrauch von Pensionsrücklagen: Für gemeinsame Verwaltung der Versorgungskassen 29
- > dbb bei Erstunterzeichnern: „Haltung zählt“ 31
- > interview: Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister 40
- > nachgefragt: John C. Kornblum, US-Botschafter a. D. 44

3

Titel

Terror in Deutschland:

# Weitermachen ohne Rattenfänger

© Jonathan Stutz / Fotolia

Die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik lebten bislang in einer Komfortzone der Sicherheit. Mit dem schrecklichen Anschlag von Berlin hat sich unser Sicherheitsempfinden schlagartig verändert. Wir wissen jetzt, dass Deutschland nicht unverwundbar ist. Italien, England, Frankreich, Spanien und andere europäische Länder mussten diese traurige Erfahrung schon machen. Sollen wir jetzt unseren Lebensstil ändern? Oder verhelfen wir dem Extremismus damit zum Erfolg?

Seniorinnen und Senioren sind stärker auf Sicherheit bedacht als junge Menschen, sie werden auch häufiger von Unsicherheit geplagt. Undefinierte, latente Bedrohungen machen ihnen Angst. Trotzdem sollten sie gerade jetzt rational denken und ihr alltägliches Leben weiterführen wie bisher, unter besonderer Berücksichtigung der Dinge des Lebens, die Spaß machen. Das ist die beste Anti-Terror-Strategie, denn Terroristen wollen, dass wir unser Leben aufgrund ihrer Taten ändern. Dieser Erfolg darf ihnen nicht gegönnt sein. Das Gebot der Stunde ist, besonnen zu agieren und besonnen zu argumentieren. Letztlich ist nicht nur die körperliche Unversehrtheit in Gefahr, sondern der soziale Frieden, die demokratische Grundhaltung und die Freiheit.

Der Islamische Staat (IS) hat den Anschlag von Berlin für sich reklamiert.

Es ist sein erklärtes Ziel, innenpolitische Konflikte zu schüren, um die westliche Welt zu destabilisieren. Der Plan ist perfide und niederträchtig: Anschläge verbreiten nicht nur Angst und Schrecken am Ort des Geschehens, sie sorgen für unfassbares Leid und haben direkten Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Menschen. So provozieren sie unüberlegte Reaktionen und lassen Populismus und Hass gegenüber dem Fremden prächtig gedeihen. Genau das wollen der IS, al Qaida, die Taliban und andere Extremisten für ihre Ziele nutzen. Wenn jetzt ganze Gesellschaften beginnen, mit dem Finger auf „die Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko“ zu zeigen, bringen sie Islamisten ihrem Ziel, einen guten Nährboden für die erfolgreiche Radikalisierung junger Flüchtlinge zu bereiten, einen guten Schritt näher.

Die europäischen Demokratien stehen vor der

größten Belastungsprobe seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Gerade mit dem sicheren Blick auf das, was sie geschaffen haben, dürfen sie nicht zulassen, dass Terror und Gewalt das Vertrauen in die Institutionen, die Politik und die demokratischen Grundwerte erschüttern. Vergessen werden darf darüber auch nicht, dass Menschen, die vor Krieg, Tod und Zerstörung geflohen sind und Schutz brauchen, keine Terroristen sind. Diese Menschen sind dankbar, sich und ihre Familien aus der Hölle des Krieges gerettet zu haben, und sie schämen sich in aller Regel für das brutale Vorgehen derer, vor denen sie geflohen sind. Dass mit ihnen auch Gefährder nach Europa gekommen sind, beschämt die rechtschaffene Überzahl der Geflüchteten ebenfalls.

Viele Menschen der älteren Generation in ganz Europa haben am eigenen Leib und der eigenen Seele

erfahren, was Hass und Intoleranz auslösen können. Unter diesem Eindruck haben sie Demokratien aufgebaut. Deutsche Seniorinnen und Senioren haben dazu beigetragen, die Bundesrepublik zu einer der stärksten Industrienationen der Erde zu machen, in der alle Menschen in Frieden und Freiheit leben können – auch die vielen, die zu uns gekommen sind und sich zu unseren Grundwerten bekannt haben. Jetzt ist es an der Zeit, die Früchte dieser Anstrengung gemeinsam zu verteidigen. Nicht mit den derzeit wieder erstarkenden Mitteln des Populismus und mit billigen Parolen, sondern mit den Mitteln einer starken demokratischen Gesellschaft und ihren Institutionen.

„Meinen Hass bekommt ihr nicht!“, schrieb der französische Journalist Antoine Leiris, der bei dem Anschlag auf das Konzerthaus Bataclan am 13. November 2015 in Paris seine Frau verloren hat. Er stellte damit seine demokratische Überzeugung über seinen persönlichen Schmerz. Diesem Beispiel sollten wir folgen, nicht den Rattenfängern.

br



Abschaffung der Beihilfe:

## Risiken und Nebenwirkungen

Die von der Bertelsmann Stiftung aufgestellte Forderung nach Abschaffung der Beihilfe für Beamte hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 10. Januar 2017 am Rande der dbb Jahrestagung in Köln entschieden zurückgewiesen.

„Ich kann nur allen dringend raten, den Beipackzettel einer solchen Reform gründlich zu lesen und auf die vielen Risiken und Nebenwirkungen zu achten! Die Beihilfe gehört neben Besoldung und Versorgung zum Gesamtpaket der Alimentation von Beamten durch ihren Dienstherrn. Nur dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit mit der Wirtschaft bei der Nachwuchsgewinnung sichergestellt. Die vorliegende Studie kann die Abschaffung der Beihilfe nicht seriös rechtfertigen“, sagte Dauderstädt.

Die der Bertelsmann-Studie zugrunde liegende Prognose über eine Kostensteigerung bei der Beihilfe um 83 Prozent sei schwer nachzuvollziehen,

der Prognosezeitraum von 14 Jahren dabei willkürlich, so der dbb Chef. Zudem werde suggeriert, dass die Behandlungskosten für Beamte fast gedrittelt werden könnten, wenn nicht nach den Gebührenordnungen für Privatversicherte abgerechnet würde. Dauderstädt: „Da scheint überall viel Spekulation drinstecken. Zum Beispiel unterstellt die Studie für die GKV jährliche Beitragsmehreinnahmen durch die Beamten von 15 Milliarden Euro. Die Hälfte davon hätten aber die öffentlichen Dienstherrn analog zum Arbeitgeberanteil zu tragen. Hinzu kämen milliardenschwere Anhebungen der Besoldung und Versorgung, um solche zusätzlichen Beitragspflichten auszu-

gleichen. Der angenommene Einspareffekt ist somit illusorisch.“

Ebenso wirklichkeitsfremd sei die Unterstellung, die Dienstherrn könnten den Beamten Pflichtbeiträge ohne jede Kompensation auferlegen und dabei noch ihrer Alimentationsverpflichtung genügen, stellte Dauderstädt klar. Auch die Methodik der Bertelsmann-Studie sei zu hinterfragen: Die genannte Grundlage Sozio-oekonomisches Panel (SOEP des DIW Berlin) erscheint wenig aufschlussreich für Aussagen, wie sich Beamte zukünftig verhalten würden. So wird einfach davon ausgegangen, dass weitere 21 Prozent der Beamten mit Einkommen über 4 350 Euro im Monat

aus finanziellen Gründen freiwillig in die GKV wechseln würden.

Dauderstädt: „Wenn zwei Drittel ohnehin versicherungspflichtig wären, bedeuten ‚weitere 21 Prozent‘ einen Anteil von fast 62 Prozent der versicherungsfreien Beamten. Das ist eine abenteuerliche und unrealistische Spekulation. Fazit: Das vorgeschlagene Konzept würde nicht nur die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährden und die Wettbewerbselemente auf dem Gesundheitsmarkt zerstören, es ignoriert zudem die beamten- und verfassungsrechtlichen Hindernisse und ersetzt seriöse Prognostik durch Spekulation und Wunschdenken.“ ■

## Personalmanagement und Organisationsentwicklung im demografischen Wandel:

# Das Altern neu lernen

Der demografische Wandel birgt Chancen und Risiken. Wer möchte nicht länger gesund und aktiv leben? Doch es gibt auch die andere Seite: Unser wirtschaftlicher Erfolg hängt in Zukunft auch davon ab, das immer weniger und immer älter werdende Personal zu gewinnen, zu binden und arbeitsbeziehungsweise leistungsfähig zu halten. Dabei kann eine positive Haltung zu längerem Produktivsein helfen, denn das erlaubt uns, die Potenziale und Chancen unseres „neuen Alters“ zu nutzen. Gesundheit, Qualifizierung und Motivation spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Nicht vergessen werden darf jedoch, dass das „produktive Altern“ für viele Menschen nicht Wahl, sondern Zwang ist. Das gilt vor allem für diejenigen, die aufgrund arbeitsbedingter körperlicher und psychischer Belastungen ihre Tätigkeit nicht einmal bis zum Rentenalter ausüben können. Außerdem haben nicht alle gleichermaßen die Ressourcen, den Anforderungen eines längeren Produktivseins gerecht zu werden. So zeichnet sich ein weltweiter problematischer Trend ab: Diejenigen mit besserer Ausbildung arbeiten deutlich länger als diejenigen mit einer schlechteren Ausbildung. In der Folge geht die Schere zwischen den gut gebildeten „Reichen“ und den weniger gut gebildeten „Armen“ weiter auf, und zwar in allen Altersgruppen. Daher ist es wichtig, Entscheidungsmöglichkeiten zu schaffen, wie viel und wie lange gearbeitet werden soll und kann. Gefragt sind Unternehmen, Verwaltungen, Politik und Gewerkschaften.

Die Bewältigung des demografischen Wandels erfordert kreative und integrierte Lösungen, wobei



> Klaus-Dieter Schulze

es gilt, die Risiken zu minimieren. Es gibt Unternehmen, die bereits begonnen haben, demografieorientierte Strategien zu entwickeln. Sie nutzen betriebliche Altersstrukturanalysen, um Personalmaßnahmen zu konzipieren. In den Verwaltungen könnten Personalentwicklungspläne darauf basieren. Unternehmensleitung, Führungskräfte, Gewerkschaften und Kontrollorgane erkennen zunehmend die Dringlichkeit eines betrieblichen Demografiemanagements sowie eine soziale Notwendigkeit.

Doch das ist leichter gesagt als getan, vor allem wenn es um die Umsetzung in die betriebliche Praxis geht. Mit Widerständen muss gerechnet werden. Dies ist schon aus Sicht der Psychologie des Alterns zu erwarten, denn Älterwerden ist ein Thema, das mit Tabus, Vorurteilen, Mutmaßungen und Befürchtungen besetzt ist. Der betroffene Mensch erfährt eine Konfrontation mit den eigenen Ängsten, dem persönlichen Älterwerden und zusätzlich dem Unverständnis in der Arbeitswelt. Deshalb ist ein realistischer Umgang mit

diesem sensiblen Thema nötig, denn: Nicht das Alter ist das Problem, sondern unsere Einstellung dazu.

Konkret empfiehlt sich eine „Sechs-Säulen-Strategie“ für einen fließenden und vor allem altersgerechten Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand:

1. Säule: Altersbewusstsein – Altern geht uns alle an
2. Säule: Alternskompetenz – Qualifizieren! Altern muss gelernt werden
3. Säule: Alternsmotivation – Altern muss akzeptiert werden
4. Säule: Alternskommunikation – Altern muss thematisiert werden
5. Säule: Alternsführung – Altern muss Chefsache werden
6. Säule: Alternskultur – Altern muss gelebt werden

So könnten Ängste und Widerstände abgebaut werden. Behörden und Unternehmen sollten unbedingt in diesem Sinne kommunizieren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Führungskräfte für das Thema sensibilisieren. Mit einem Umsetzungserfolg ergäbe sich die Chance, als ökonomische und gesamtgesellschaftliche Innovatoren die vielleicht schwierigste Lebenskunst im 21. Jahrhundert – unser „neues Altern“ – erfolgreich mitzugestalten und voranzutreiben.

**Klaus-Dieter Schulze, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung**

Ostrentenangleichung:

## Zu spät, zu langsam, falsch finanziert

Der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Referentenentwurf eines Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes, mit dem die Ostrenten bis zum Jahr 2025 an die Westrenten angeglichen werden sollen, bleibt nach Auffassung der dbb bundesseniorenvertretung weit hinter den Erwartungen zurück.

„Die Angleichung der Ostrenten kommt zu spät, dauert zu lange und ist falsch finanziert, weil für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch Beitragsmittel der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt werden sollen“, kommentierte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, am 17. Januar 2017 die Pläne der Bundesregierung. „Laut Koalitionsver-

trag sollte die Angleichung bis zum Auslaufen des Solidarpakts, also ‚bereits‘ im Jahr 2020, abgeschlossen sein. Jetzt noch später, 35 Jahre nach dem Ende der DDR, endlich die Renteneinheit zu schaffen, ist kein Ruhmesblatt der Politik.“

„Das Gesetz verdient seinen Namen nicht. Viele Fragen der Rentenüberleitung bleiben ungelöst und werden durch das geplan-



te Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz keineswegs abschließend beantwortet. Die Krankenschwestern, Eisenbahner, Beschäftigten der Post und die Wende-Professoren, um nur einige zu nennen, müssen weiter mit ihrer unzureichenden Altersversorgung auskommen“, kritisiert der dbb Seniorenchef. Im Rahmen der Rentenüberleitung waren für die genannten Personengruppen in den neuen Ländern die besonderen Altersversorgungssysteme und spezielle Regelungen weitgehend entfallen.

Wolfgang Speck hatte sich bereits Ende 2016 kritisch zur Rentenangleichung geäußert: „Der Bundesfinanzminister hat sich in doppelter Hinsicht zulasten der Ostdeutschen durchgesetzt“, sagte der Seniorenchef am 22. Dezember 2016. Die Menschen im Osten müssten jetzt viereinhalb Jahre länger auf die Rentenangleichung warten und sich wegen der geplanten Verwendung von Steuermitteln auch noch Vorwürfe der jungen Generation anhören. ■

Pflegeberufe und Ausbildung:

## Die Reform stockt

Mehrere Anläufe zu einer Reform der Pflegeberufe haben bislang nicht zum Erfolg geführt. Auch der bereits im vergangenen Sommer kurz vor der Verabschiedung stehende Entwurf eines Pflegeberufereformgesetzes (PflBRefG) ist letztlich im Bundestag gescheitert. Der dbb war im Rahmen der Verbändeanhörung eingeladen und hatte eine schriftliche Stellungnahme eingereicht.

Dreh- und Angelpunkt der Diskussion ist die vom dbb begrüßte und im Gesetzentwurf vorgesehene Generalistik, also die Vereinheitlichung der derzeitigen drei Ausbildungswege

(Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege) zu einem Ausbildungsgang. Das erhöht die Attraktivität des Pflegeberufes, denn ein Wechsel zwischen den einzelnen Bereichen wird

damit künftig leichter. Allerdings wird darauf zu achten sein, dass die notwendige Spezialisierung nicht leidet.

Auch die mit dem Gesetz geplante grundsätzliche Schulgeldfreiheit sowie die akademische Öffnung des Pflegeberufs befinden sich infolge der Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb der Regierungskoalition immer noch in der Warteschleife.

Ein sich eventuell abzeichnender Kompromiss könnte darin bestehen, den Gesetzentwurf aus dem vergangenen Sommer zu verabschieden und das

bisherige System der parallelen Ausbildungswege weiterhin als Alternative aufrechtzuerhalten und mittelfristig eine Evaluation vorzunehmen. Ob der Wille aller beteiligten Akteure ausreicht, die dringend notwendige Reform der Pflegeberufe doch noch anzustoßen, bleibt allerdings abzuwarten.

Wie zwingend Handlungsbedarf besteht, zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung: Dort wird der Personalmangel in der Pflege bis zum Jahr 2030 (je nach unterstelltem Szenario) auf bis zu 400 000 Personen geschätzt. ■

„Post Persönlich“:

# Service für Senioren eingestellt

Aufgrund zu geringer Resonanz hat die Post AG ihren Service „Post Persönlich“ eingestellt. Im Zuge eines Pilotprojekts konnten Seniorinnen und Senioren in Gelsenkirchen und Mülheim Postboten gegen eine monatliche Gebühr beauftragen, regelmäßig vorbeizuschauen und im Bedarfsfall Ärzte oder Hilfsdienste zu verständigen.



Als eine Art „Hausnotruf light“ war das Projekt „Post Persönlich“ 2014 gestartet. Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hatte die Rahmenbedingungen des neuen Service der Post bereits bei dessen Start kritisiert. DPVKOM-Chef Volker Geyer bestätigte seine Kritik Anfang Janu-

ar 2017 gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung: „Wir würden es schon begrüßen, wenn sich die Post zusätzliche Geschäftsfelder erschließt. Das schafft und sichert Arbeitsplätze“, sagte Geyer. „Aber die Beschäftigten müssen auch die Zeit dafür bekommen.“

Gegenüber AiR äußerte Geyer, dass es im ohnehin sehr stressigen Zusteller-Alltag, in dem alles unter großem Zeitdruck geschieht, nicht reiche, wenn die Kolleginnen und Kollegen lediglich ein paar Minuten Arbeitszeit für einen Sonderservice eingeräumt bekämen, der viel Auf-

merksamkeit und Einfühlungsvermögen erfordere: „Wenn ein Zusteller dem aufgrund des Zeitdrucks nicht gerecht werden kann, ist ein solches Projekt zum Scheitern verurteilt. Schließlich erwarten viele Senioren, dass der Postbote sich ein bisschen Zeit für sie nimmt.“

## Landesseniorenversammlung M-V:

### Vorstand gewählt

Am 23. November 2016 fand in der mecklenburgischen Kleinstadt Schwaan in der Nähe von Rostock die Landesseniorenversammlung des dbb m-v statt.

Nach der Gründung der Landesseniorenvertretung im Jahr 2013, auf der zunächst ein amtierender Vorstand die Arbeit aufgenommen hatte, fanden jetzt zum ersten Mal reguläre Wahlen des Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung sowie seiner vier Stellvertreter statt: Vorsitzender ist Gerd Dümmel. Klaus Junker, Bernd Letsch und Viktor Urban wurden in ihren Ämtern als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Neu im Vorstand ist Jürgen Pagel, der zukünftig die Interessen der Mitglie-

der des ehemaligen BRH vertreten wird, die auf der Landesseniorenversammlung zahlreich erschienen waren: Ihnen ermöglicht es jetzt eine Satzungsänderung, Einzelmitglied im dbb

m-v zu werden. Hintergrund der Änderung ist, dass zahlreiche BRH-Ortsverbände mit dem Wunsch an den dbb m-v herangetreten waren, auch nach der Auflösung des BRH-Landesverbandes

Mecklenburg-Vorpommern zum 30. Juni 2016 weiter unter dem Dach des dbb organisiert zu sein. Diese Satzungsänderung wurde einstimmig beschlossen.

Im Verlauf der Tagung wurde auch das Thema Rentengerechtigkeit thematisiert. „Es kann nicht angehen, dass die avisierte Rentenangleichung bis 2020 scheinbar erneut im Wahlkampf der großen Parteien auf der Strecke bleibt. Einer der vordergründigen Aufgaben der dbb landesseniorenvertretung wird es sein, hier gegenzusteuern“, so Gerd Dümmel.



SBB Seniorenvertretung:

## Den demografischen Wandel statistisch beleuchtet

Bei der Hauptversammlung der SBB Seniorenvertretung am 1. Dezember 2016 in Dresden stand der demografische Wandel im Fokus.

Doktorand Jan Kluge vom ifo Institut, Niederlassung Dresden, informierte anhand ausgewählter Zahlen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen über die Bevölkerungsprognose in den sächsischen Landkreisen und Städten bis 2030. Er prognostizierte die Zunahme des Medianalters bis 2060 und den Anteil der über 60-Jährigen bis 2035 sowie deren flächenmäßi-

ge Verteilung in Deutschland. Ferner betrachtete er die Zuwanderung nach Herkunftskontinenten.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sei im Wachstum begriffen und könnte 2030 circa 30 Prozent betragen. Einen Zustrom dieser Arbeitskräfte nach Sachsen schätzte er als gering ein. Als Potenzial für den sächsischen Arbeitsmarkt sieht Kluge die Be-

schäftigungsquote der Frauen. Sachsen liege statistisch mit 59,2 Prozent vor Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-

Anhalt bundesweit an der Spitze. Bayern folge mit 53,7 Prozent, das Schlusslicht bilde Bremen mit 46,4 Prozent. Insgesamt sei „die aktuelle demografische Entwicklung sowohl Herausforderung als auch Chance!“



BRH NRW:

## Ist Pflege noch bezahlbar?

Die Bertelsmann Stiftung schlägt Alarm: In zahlreichen Regionen des Landes können sich alte Menschen ihre eigene Pflege nicht mehr leisten. Ein Grund ist die Bezahlung der Pflegekräfte. Das ist besonders heikel, weil große Teile der Gesellschaft den Beruf der Altenpflege heute bereits für unterbezahlt halten. Nun sind Politik und Tarifparteien gefragt.

Die Analyseergebnisse der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh decken sich mit den Feststellungen des BRH NRW: Es gibt in Deutschland erhebliche regionale Unterschiede bezüglich der Kosten für stationäre Altenpflege. In fast der Hälfte der Kreise und kreisfreien Städte reicht das durchschnittliche Einkommen der Senioren nicht für professionelle stationäre Pflege. Deutlich erkennbar ist ein Nord-Süd-Gefälle. Zu den wichtigsten Gründen für die Unterschiede zählt die weit gespreizte Bezahlung der Altenpflegekräfte. Im

Jahr 2013 lag sie brutto zwischen 1 714 und 3 192 Euro pro Monat. Das im Norden und Osten Deutschlands günstige Verhältnis zwischen Kaufkraft und Pflegekosten geht somit zulasten der Altenpflegekräfte. Sie werden hier deutlich schlechter bezahlt als in West- und Süddeutschland, wo das Einkommen fast doppelt so hoch ist.

In den Städten und Kreisen von Nordrhein-Westfalen übersteigen die Pflegekosten das durchschnittliche Jahreseinkommen der über 80-Jährigen zum Teil deut-

lich. Im Landesdurchschnitt reicht das eigene Einkommen der NRW-Senioren rechnerisch für 283 Tage des Jahres, in Städten wie Münster zum Beispiel nur für 238, in Köln und Steinfurt für 257 und in Oberhausen für 320 Tage. Im Jahr 2013 mussten bundesweit 41 Prozent der Pflege-

bedürftigen zusätzlich Sozialhilfe beantragen. „Eine erschreckend hohe Zahl, die den Handlungsbedarf deutlich zeigt“, sagt der BRH-Landesvorsitzende in NRW, Martin Enderle. Jetzt komme es auf Politik und Tarifpartner an: „Natürlich muss für eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte gesorgt werden; denn die Arbeit ist körperlich schwer und psychisch belastend. Schlechte Bezahlung sorgt im Übrigen für Pflegekräftemangel, den wir ja längst beklagen.“

### > BRH Sachsen wählt im April 2017 neue Führung

Der Landesvorstand des BRH Sachsen hat in seiner Sitzung vom 12. Dezember 2016 beschlossen, den Landesvertretertag für den 5. April 2017 einzuberufen. Gewählt werden die vier Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und die acht Mitglieder des Landesvorstandes. Die Vorstände der Orts- und Kreisverbände schlagen die Delegierten zum Landesvertretertag 2017 vor.

Steuern und Soziales:

# Das ändert sich 2017

Mit dem Jahreswechsel sind viele gesetzliche Änderungen in Kraft getreten, von denen Seniorinnen und Senioren betroffen sind. AiR gibt einen Überblick.



## Steuern

Ab dem 1. Januar steigt das sogenannte steuerfreie Existenzminimum. Der Grundfreibetrag für Ledige erhöht sich um 168 Euro auf 8 820 Euro pro Jahr. Der Kinderfreibetrag ist ab dem gleichen Zeitpunkt auf um 108 Euro auf 4 716 Euro pro Jahr angehoben worden.

Für die Steuererklärung 2017 entfällt die Beleg-

pflcht. So müssen ab 2018 sämtliche Belege zwar aufbewahrt, dem Finanzamt aber erst nach entsprechender Aufforderung zugeschickt werden. Vorsicht: Das gilt noch nicht für die Steuererklärung 2016, die in 2017 eingereicht wird. Allerdings gibt es Finanzämter, die diese Praxis bereits vorwegnehmen.

Wer 2017 in Rente geht, muss 74 Prozent seiner Rente versteuern. Bisher

lag der steuerpflichtige Anteil bei 72 Prozent. Damit sind nur noch 26 Prozent der Bezüge steuerfrei. Diese Änderung geht auf das sogenannte Alters-einkünftegesetz zurück, welches auf einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2002 zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung von Renten und Pensionen beruht. Um eine Doppelbesteuerung von Rentnerinnen und Rentnern zu

vermeiden, wird die Besteuerung stufenweise bis 2040 angeglichen.

Für diejenigen, die 2017 65 Jahre alt werden, sinkt der Altersentlastungsbetrag für Nebeneinkünfte. Er verringert sich auf maximal 988 Euro und mindert steuerpflichtige Einkünfte aus Kapitalerträgen, Mieteinnahmen, aus einer Nebentätigkeit oder aus Bezügen der Riester-Rente und anderen steuerpflichtigen Auszahlungen aus der betrieblichen Altersvorsorge.

Für Pensionäre, die erstmals in 2017 eine zu versteuernde Pension erhalten, verringert sich der Versorgungsfreibetrag inklusive Zuschlag auf höchstens 2 184 Euro im Jahr. Auch dies ist auf das bereits genannte Alters-einkünftegesetz zur gleichmäßigen Besteuerung von Renten und Pensionen zurückzuführen.

## Bundesteilhabegesetz

Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegeset-





zes treten 2017 einige Verbesserungen in Kraft. Durften Betroffene bislang nur wenig verdienen und über ein Barvermögen von höchstens 2 600 Euro verfügen, erhöht sich der Freibetrag für Erwerbseinkommen um bis zu 260 Euro monatlich und für Barvermögen auf 27 600 Euro. Zudem werden Einkommen und Vermögen von Ehepartnern und Lebensgefährten bei der Berechnung nicht mehr berücksichtigt.

#### ► Rauchmelderpflicht

Als vorletztes Bundesland in Deutschland gilt nun auch für Nordrhein-Westfalen ab 1. Januar 2017 die Pflicht zur Installation von Rauchmeldern in Bestandsbauten. Die Rauchmelderpflicht in NRW wurde bereits zum 1. April 2013 eingeführt. Ab diesem Tag mussten alle Neubauten mit Rauchmeldern ausgestattet werden.

#### ► Lebensversicherungen

Der maximal erlaubte Garantiezins bei Kapital- und Lebensversicherungen für 2017 liegt bei 0,9 Prozent. Mehr dürfen Versicherungen ihren potenziellen Kunden nach Abzug der Kosten nicht mehr versprechen. Da Altverträge häufig wesentlich höhere Zinsen garantieren, sollte eine Aufkündigung von Verträgen, zu der einige Versicherungsunternehmen aufgefordert haben, reiflich überlegt werden.

#### ► Hartz IV

Zum Jahresbeginn 2017 sind die Leistungen für alle gestiegen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst

bestreiten können. Das gilt für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und die Sozialhilfe nach SGB XII. Der Regelbedarf für alleinstehende Erwachsene steigt von 404 auf 409 Euro pro Monat. Für zwei erwachsene Leistungsempfänger in einer Wohnung wird der Regelsatz um vier Euro auf 368 Euro pro Person und Monat erhöht. Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren erhalten zukünftig 21 Euro mehr und damit insgesamt 291 Euro. Jugendliche ab 14 Jahren bekommen mit 311 Euro fünf Euro mehr als bisher. Grundlage für die Neuberechnung der Regelsätze ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird. Die Höhe der Regelsätze richtet sich nach den Lebensverhältnissen der einkommensschwächsten Haushalte in Deutschland. Darüber hinaus enthält das Gesetz Verbesserungen für Menschen mit Behinderung. So erhalten Nichterwerbsfähige oder behinderte erwachsene Sozialhilfeempfänger künftig 100 statt 80 Prozent der Grundsicherung und haben damit einen gesetzlichen Anspruch auf die Regelbedarfsstufe 1. Darüber hinaus können die Betroffenen ihre Kosten für Unterkunft und Heizung leichter geltend machen, wenn sie beispielsweise im Haushalt der Eltern leben.

#### ► Pflege

Ab 1. Januar 2017 wird mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ein Wandel von der bisher starken Verrichtungsbezogenheit hin



zu einem Mehr an Teilhabe und einer stärkeren Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen vollzogen. Das ebenfalls neu gestaltete Begutachtungsverfahren zählt künftig nicht mehr die für die Pflege erforderlichen Minuten, sondern den Grad der Einschränkungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Lebensgestaltung: Neben der Mobilität werden auch kognitive und kommunikative Fähigkeiten, Verhaltensweisen und psychische Problemlagen, die Fähigkeit zur Selbstversorgung, Bewältigung krankheits- oder therapiebedingter Anforderungen (etwa die selbstständige Einnahme der Medikamente) sowie die Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte berücksichtigt. Für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz gibt es im Rahmen des neuen Begutachtungsverfahrens keine separate Begutachtung mehr.

Als Ergebnis der Begutachtung, die durch den Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der

Krankenkassen (MDS) beziehungsweise durch MEDICPROOF für die Privatversicherten durchgeführt wird, steht jedoch nicht nur ein bestimmter Pflegegrad. Vielmehr sollen die gewonnenen Informationen ebenfalls zu Empfehlungen im Hinblick auf das Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen, Pflegehilfsmittel, Präventions- und Rehabilitationsempfehlungen sowie der Pflegeberatung führen.

Die rund 2,7 Millionen Personen, bei denen bereits eine Pflegestufe festgestellt wurde, werden ab 1. Januar automatisch in einen Pflegegrad übergeleitet. Menschen mit körperlichen Einschränkungen werden dabei von ihrer Pflegestufe in den nächsthöheren Pflegegrad übergeleitet. Bei vorliegender Demenz in den Übernächsten. Bei der Überleitung ist sichergestellt, dass sich niemand schlechterstellt, in den meisten Fällen kommt es zu Verbesserungen für die Betroffenen.

Das Pflegegeld, das für die Pflege zu Hause durch An-

gehörige oder Freunde gezahlt wird, steigt ab 1. Januar in vielen Fällen deutlich. So erhält ein demenziell Erkrankter, der bisher in Pflegestufe II eingruppiert war und somit 545 Euro pro Monat erhielt, mit der Überleitung in Pflegegrad 4 künftig 728 Euro (+ 183 Euro) pro Monat.

Die Flexibilität wird zudem dadurch erhöht, dass der Pflegebedürftige seit Beginn dieses Jahres Pflegegeld und Pflegesachleistung (für die Unterstützung durch Pflegedienste) kombinieren kann. Letzgenannte steigt ebenfalls ab 1. Januar 2017 – besonders für Menschen mit demenzieller Erkrankung um bis zu 609 Euro monatlich.

Auch bei der stationären Versorgung gibt es Verbesserungen für alle Pflegebedürftigen. In jeder vollstationären Pflegeeinrichtung gilt künftig ein einheitlicher Eigenanteil bezogen auf die Pflegeleistungen der neuen Pflegegrade 2 bis 5. Der dbb hatte dies in seiner Stellungnahme zum Pflegestärkungsgesetz II ausdrücklich begrüßt, denn das bisherige Kostenrisiko, das mit einer Erhöhung der Pflegestufe einherging, entfällt künftig und die finanzielle Planbarkeit für Betroffene und Angehörige steigt.

Parallel zu den Leistungsverbesserungen soll bis Ende 2017 die aktuell ausgesetzte Benotung der Pflegeheime überarbeitet werden. Der sogenannte Pflege-TÜV hatte in der Vergangenheit viel Kritik erfahren und wird nun mithilfe eines neu eingesetzten Pflegequalitätsausschusses reformiert.

Um die Leistungsausweitungen zu finanzieren, steigt der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf dann 2,55 beziehungsweise 2,8 Prozent (für Kinderlose) der beitragspflichtigen Einkünfte.

Auch für Menschen, die mit einer privaten Pflegezusatzversicherung (beispielsweise dem sogenannten „Pflege-Bahr“) für den Fall der Fälle vorsorgen möchten, steigen in vielen Fällen die Beiträge zum Jahresbeginn. Dies liegt einerseits an den starken Leistungsausweitungen in der Pflegeversicherung. Andererseits enthalten viele Tarife auch eine Beitragssatzstabilisierungskomponente, auf die sich das derzeit niedrige Zinsumfeld negativ auswirkt.

#### ► Rente

Die wesentliche Neuerung 2017 ist die Flexi-Rente: Damit wird die Möglichkeit geschaffen, Teilrente und Hinzuverdienst flexibel und individuell miteinander zu kombinieren. Statt verschiedener Hinzuverdienstgrenzen gibt es jetzt lediglich eine kalenderjährliche Hinzuverdienstgrenze von 6 300 Euro mit stufenloser Anrechnung. Mit einer Übergangsregelung soll verhindert werden, dass Rentner, die bereits eine Teilrente beziehen, durch die neuen Hinzuverdienstregelungen schlechtergestellt werden. Wer eine vorgezogene Vollrente wegen Alters bezieht und weiterarbeitet, kann damit seinen Rentenanspruch erhöhen. Auch Vollrentner sind seit Jahresbeginn versicherungspflichtig, bis sie die Regelalters-

grenze erreichen. Arbeitet jemand nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiter, kann er auf die Versicherungsfreiheit verzichten und so einen höheren Rentenanspruch in der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben.

Waisenrentner sind beitragsfrei, das heißt, sie müssen aus der Rente nach § 48 SGB VI keine Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur sozialen Pflegeversicherung entrichten. Der Rentenversicherungsträger hingegen



#### ► Krankenversicherung von Waisenrentnern

Mit Jahresbeginn wurde für Waisen- und Halbwaisenrentner ein eigener Versicherungspflichtbestand in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt (§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 b Buchstabe a SGB V). Die

muss seinen Beitragsanteil abführen. Diese Regelungen gelten für Neurentner und für vorhandene Waisenrentner, sofern sie Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung sind, sei es aufgrund Versicherungspflicht, als freiwilliges Mitglied oder familienversichert. ►

## ► Beihilfe

Mit der Siebten Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung wird das Beihilferecht umfangreich weiterentwickelt. Damit nimmt der Bund eine Vorreiterrolle ein, die wegweisenden Änderungen aus dem Bereich der Pflegeversicherung auf die Beihilfe des Bundes zu übertragen. Des Weiteren wird dem Änderungsbedarf aus der Praxis Rechnung getragen. Wesentliche Inhalte der Siebten Änderungsverordnung sind:

- Leistungsveränderungen, die seit der letzten Änderung der Bundesbeihilfeverordnung insbesondere durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) vom 21. Dezember 2015 erfolgt sind, wirkungsgleich in das Beihilferecht des Bundes zu übertragen,
- die Erleichterung der Anwendbarkeit der Bundesbeihilfeverordnung durch teilweise Neuordnung des Aufbaus der Vorschrift,
- die Erhöhung der Rechtssicherheit durch Über-

nahme von Teilen der Verwaltungsvorschrift in den Verordnungstext sowie

- dem Änderungsbedarf Rechnung zu tragen, der sich bei der praktischen Anwendung aus der Rechtsprechung zur Bundesbeihilfeverordnung ergeben hat.
- Im Bereich der Pflege folgt die Beihilfe den Regelungen der gesetzlichen Pflegeversicherung.

## ► Weitere Änderungen bei der Beihilfe

Mit der Übernahme des Heilkurortverzeichnis aus den Verwaltungsvorschriften ist beabsichtigt, die Rechtssicherheit zu erhöhen sowie eine jährliche Aktualisierung des Verzeichnisses sicherzustellen. Der Rechtssicherheit dient auch die Definition von Ruhens- und Anrechnungsregelungen zur Definition beihilfeberechtigter Personen, die Definition von Konkurrenzen von unterschiedlichen Beihilfeansprüchen sowie die Regelungen durch

Abschläge zur Weiterbehandlung nach vier Jahren bei kieferorthopädischen Behandlungen. Diese Abschläge für die Weiterbehandlung wurden einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nachgebildet.

Zur Festlegung der wirtschaftlichen Angemessenheit von Beihilfeaufwendungen wird zusätzlich auf Vereinbarungen zwischen den privaten Krankenversicherungen, den gesetzlichen Krankenkassen oder den Beihilfeträgern abgestellt und eine Pauschalabrechnung akzeptiert.

Bei Anschlussheil- und Suchtbehandlungen wird grundsätzlich auf einen Versorgungsvertrag abgestellt. Damit soll verhindert werden, dass diese Therapien in Einrichtungen mit Hotelcharakter durchgeführt werden. Für Aufwendungen von privaten Rehabilitationseinrichtungen ohne Versorgungsvertrag sollen die Aufwendungen für private Krankenhäuser (reine Privatkliniken ohne Zulassung nach § 108 SGB V) analog als beihilfefähig anerkannt werden.

## ► Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel

Bei nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, die vom Grundsatz her nicht beihilfefähig sind, werden die Ausnahmeregelungen dahingehend ergänzt, dass zusätzlich auf die Fachinformation zum Arzneimittel abgestellt wird. Dies bezieht sich auf als Begleitmedikation vorgeschriebene Arzneimittel sowie auf unerwünschte Arzneimittelnebenwirkungen.

gen. Sind diese beim vorschriftsmäßigen Gebrauch lebensbedrohlich beziehungsweise wird die Lebensqualität auf Dauer nachhaltig beeinträchtigt, kann die Beihilfefähigkeit gegeben sein.

Der Leistungsbereich der implantologischen Leistungen wurde zur besseren Lesbarkeit neu gefasst und an die aktuelle Rechtsprechung angepasst. Damit werden in Ausnahmefällen kieferorthopädische Behandlungen bei Erwachsenen möglich.

Die Siebte Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung wurde am 25. Oktober 2016 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2403) veröffentlicht. Artikel 1 dieser Änderungsverordnung, der im Wesentlichen die allgemeinen Veränderungen der Bundesbeihilfeverordnung beinhaltet, trat am 1. November 2016 in Kraft. Artikel 2 mit der wesentlichen wirkungsgleichen Übertragung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes ist zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten.

Die Bundesbeihilfeverordnung gilt für den Bereich des Bundes und die Länder, die sie über Verweisnormen ebenfalls anwenden. Für die übrigen Länder gilt, dass die grundsätzlichen Neuregelungen im Bereich der Pflege auch übernommen werden müssen, wenn das jeweilige Landesrecht noch nicht dahingehend ergänzt ist. Der Freistaat Bayern hat bereits ein Rundschreiben zum Vollzug dieser Regelungen herausgegeben.

*rh, krz, ahf, th*



© contrastwerkstatt / Fotolia

Kundenkarten und Coupons:

## Bunte Bonuswelt

Mit Rabattcoupons und Kundenkarten kann man Geld sparen, oft sogar, ohne dafür persönliche Daten preisgeben zu müssen. Das Einzige, was es dazu braucht, ist ein bisschen Planung.

> Mit Rabattcoupons lässt sich im Supermarkt sparen, wenn Kunden eine gewisse Flexibilität bei der Auswahl der Waren an den Tag legen.

Sparcoupons für den Einkauf von Lebensmitteln und Haushaltswaren gibt es immer und überall: In der Tageszeitung zum Ausschneiden, in den Werbebeilagen der Supermärkte oder auf dem Kassenschein als Rabatt auf ausgewählte Artikel für den nächsten Einkauf. Viele Menschen machen sich nicht die Mühe, die Coupons systematisch zu sammeln und einzusetzen, obwohl das die Haushaltskasse jeden Monat kräftig entlasten könnte. Schließlich muss man dafür den Überblick über die verschiedenen Aktionen behalten und unter Umständen mehrere Supermärkte ansteuern, um maximal zu knausern. Außerdem bekommen Kunden nicht immer genau auf die Produkte Rabatt, die üblicherweise im Warenkorb landen – eine gewisse Flexibilität beim Einkauf ist also gefragt.

30%

Ganz so wild treiben wie die Amerikaner können es deutsche Verbraucher ohnehin nicht, denn in den USA gelten weitaus laxere gesetzliche Auflagen für Rabattaktionen. Daher ist „Couponing“ in den Staaten fast zum Volkssport geworden, denn dort können verschiedene Rabattaktionen sogar miteinander kombiniert werden. Wer als US-Bürger clever ist, kann einen Warenkorb im Wert von 100 Dollar für 20 Dollar aus dem Kaufhaus schieben. Echte „Couponer“ sind nahezu skrupellos, wenn es darum geht, Gutscheine zu kombinieren und fast kostenlos einzukaufen: Sie scheren sich nicht darum, ob sie ein Produkt brauchen, sondern kaufen, was wenig kostet. Passionierte Rabattjäger füllen ihre Lager mit Lebensvorräten an Hygieneartikeln und Lebensmitteln mit langer Haltbarkeit wie Reis, Nudeln, Konserven und Ähnlichem.

20%

Diesem Einkaufswahnsinn schieben in Deutschland schärfere Wettbewerbsgesetze einen Riegel vor. Sparen können Kunden aber trotzdem.

### ■ Treueaktionen und Gutscheincoupons

Ein Klassiker ist zum Beispiel die Treueaktion. Viele Supermärkte bieten regelmäßig Bonushefte an, die mit Aufklebern gefüllt werden müssen. Ist das Heftchen voll, berechtigt es zum verbilligten Erwerb qualitativ hochwertiger Aktionsartikel: Von Markenpfannen über Messerblöcke bis hin zum Kofferset reicht hier das Angebot. Neu ist diese Idee keineswegs, und viele Leserinnen und Leser werden sich dadurch an Zeiten erinnern fühlen, die bis in die 50er-Jahre zurückreichen.

Lebensmittel und Haushaltswaren lassen sich

mit den Coupons aus Zeitungen, Werbebeilagen oder aus dem Internet billiger kaufen. Die Rabatte gelten pro Coupon meist für einen ganz bestimmten Artikel, zum Beispiel „Nudeln 50 Cent günstiger“. Wem es also nichts ausmacht, von der Lieblingsmarke abzuweichen, der spart. Das Ziel der Coupons ist es in erster Linie, Markenbindung herzustellen und gleichzeitig bestimmte Produkte abzuverkaufen. In diesem Zusammenhang lohnt ein kritischer Blick: Ist die Markensuppe mit Rabatt gleich günstig oder gar günstiger als das vergleichbare Produkt der Supermarkt-eigenen Handelsmarke, oder hat das Discountprodukt am Ende doch die Nase vorn? Vergleichen lohnt sich, zumal sogenannte „No-Name“-Produkte ohne bekannte Markennamen nicht vom Himmel fallen, sondern oft von denselben Herstellern produziert werden wie das teurere Produkt. Besonders bei den großen



➤ Kassensbons sind einen prüfenden Blick wert, nicht nur wegen möglicher Fehler: Oft bergen sie Rabattaktionen für den nächsten Einkauf.

Discountern verbergen sich hinter „No-Name“ viele Markenprodukte, die lediglich anders verpackt sind und zuweilen eine abgewandelte Rezeptur aufweisen – bei einem Preisvorteil von bis zu 60 Prozent.

Wer seinen Coupon-Einkauf systematisch gestalten will, findet im Internet zahlreiche Seiten, die Coupons verschiedener Supermärkte, Drogerien oder sonstiger Händler bündeln: Einfach Coupons



suchen, ausdrucken, beim Einkauf an der Kasse vorlegen und sparen.

➤ **Kundenkarten: Rabatt gegen Daten**

Neben einfachen Stempelkarten nach dem Prinzip „nach zehn mal Friseur ist die elfte Frisur kostenlos“ können Verbraucher in vielen Geschäften auch echte Kundenkarten bekommen. Im Gegensatz zum anonymen Coupon müssen sie hier aber Angaben zu ihrer Adresse und zum Alter machen. Als Gegenleistung zur Vergünstigung gibt der Kunde dem Geschäft also Informationen über sein

Einkaufsverhalten, weil die Karte bei jedem Einkauf an der Kasse eingescannt wird: Daten, die für Werbetreibende Gold wert sind. Wer sich also für eine Kundenkarte interessiert, sollte abwägen, ob die versprochenen Vorteile es wirklich aufwiegen, sich dafür zum Marktforschungsobjekt zu machen und sich der Werbeflut zu ergeben, die mit dem Beantragen der Karte über deren Inhaber hereinbricht. Je nach Geschäftsbedingungen zur Kundenkarte dürfen Firmen die Kundendaten sogar an Dritte weitergeben – am Ende steht dann der sprichwörtlich gläserne Kunde, dem perfekt auf sein Einkaufsverhalten zugeschnittene Werbeangebote unterbreitet werden, um zu weiteren Einkäufen anzuregen. Kundenkarten lohnen sich letztlich nur für Geschäfte, in denen wirklich regelmäßig eingekauft wird, zumal ihr „Er-



trag“ meist nur zwischen 0,3 und drei Prozent des umgesetzten Warenwertes liegt.

➤ **Payback und Co.**

Noch weiter gehen die Angebote von Payback und DeutschlandCard: 61 Prozent der Deutschen haben eine Payback-Karte und sammeln damit Bonuspunkte bei allen angeschlossenen Unternehmen. DeutschlandCard funktioniert nach dem gleichen Prinzip: Die Karte wird beim Einkauf eingescannt und je nach Warenwert werden Bonuspunkte gutgeschrieben, die dann später für weitere Einkäufe genutzt oder in Sachprämien umgewandelt werden können. Payback verfügt über 40 stationäre und rund 600 Onlinepartner. Dort können sich Kunden das gesammelte Guthaben auch auszahlen lassen. DeutschlandCard kommt auf zwölf stationäre Partner und 350 Onlineshops. Sammeln muss man allerdings recht lange, denn bei Payback zum Beispiel ist ein Punkt einen Cent wert. Wie viele Punkte es für den Einkauf gibt, ist von Geschäft zu Geschäft verschieden. Bedenkt man, dass der Inhaber der Karte sein Einkaufsverhalten nicht nur für einen Laden preisgibt, sondern durch die laufende Datenerhebung in einer Vielzahl von Geschäften unterschiedlicher Branchen erfasst und analysiert wird, stellt sich die Frage, ob der Bonus das am Ende wirklich wert ist.

➤ **Gezielt Einkaufen spart mehr Geld**

Seniorinnen und Senioren sind als „Gewohnheitstiere“ verschrien. Das muss nicht negativ sein, denn wer immer und ausschließlich im selben Supermarkt um die Ecke einkauft, kennt nicht nur das freundliche Personal, sondern kann auch von der Kundenkarte des Marktes profitieren. Mit Karten nach dem Punktesystem tun sich viele Senioren dagegen schwer, denn sie spielen ihren vollen Nutzen nur in Verbindung mit dem online erreichbaren Kundenkonto und der Flexibilität des Inhabers aus. Smartphone-Besitzer bekommen dann zum Beispiel Hinweise auf Aktionen mit Mehrfachpunkten für bestimmte Waren. Und da wird es dann kompliziert: Will ich wirklich den weiteren Weg zu einem anderen Supermarkt in Kauf nehmen, um mehr Punkte zu bekommen? Oder deswegen online bestellen, was ich sonst beim Händler nebenan gekauft hätte? Mal ehrlich: Wahrscheinlich vergessen 50 Prozent der Kunden nicht nur, die Karte regelmäßig vorzuzeigen, sondern auch, die Punkte einzulösen, bevor sie verfallen. Sich dafür die Geldbörse auszuheulen, macht für viele Ältere keinen Sinn. Zumal die eigentlichen Gewinner von vornherein feststehen: Die Marktforschung und die Werbeindustrie. Sie verdienen mit den Karten viel mehr, als Kunden jemals „erbeuten“ können. Richtig sparen kann man dagegen mit Discountprodukten und dem guten alten Sonderangebotsprospekt aus der Tageszeitung – ganz ohne gläserne Kunden, Computer und Datengau.

br

br

## Briefe an die Redaktion

### „Senioren und Werbung: Unüberwindbarer Zwiespalt?“ in AiR 10/2016, Seite 6:

Die Senioren sind in der Werbung gefragt. Nein, nicht wir sind gefragt, unser Geld ist gefragt. Leider hat die Werbung ein Problem mit uns. Es gibt „uns“ Alte so wenig wie es „den“ Jugendlichen gibt. Die Werbung nimmt die Alten nicht als das wahr, was sie sind: Ein bunter Haufen völlig unterschiedlicher Gruppierungen, die Soziologie nennt das „Kohorten“. Auch sollten die durchweg jugendlichen Redaktionen und Marketingagenturen zur Kenntnis nehmen, dass es Unterschiede in den Jahren des Alters gibt. Es gibt den Greis, die Generation 50+ und so weiter und so fort. Man unterscheidet zwischen Teens, Kindern, Jugendlichen und Twens. Warum gibt es diese Unterscheidungen nicht für die älteren Generationen? Es gibt den Beige tragenden Fanclub von Ernst Mosch und der volkstümlichen Hitparade. Und es gibt jene, die ihr Leben einfach nur frei leben wollen und keiner Gruppe zuzuordnen sind. Es gibt sie alle. Sie gleichzeitig ansprechen zu wollen, ist hoffnungslos. Die jungen Marketingmenschen scheinen das nicht verstehen zu wollen. Wundert uns das, wo doch die Männer und Frauen der Generation 50+ aus den Werbeagenturen und Verlagskontoren rückstandsfrei entfernt wurden? Wir Alte mögen gute Werbung und das ist eine Werbung, die uns anspricht, die uns

Produkte verkaufen will, mit denen wir etwas anfangen können. Aber bitte, wir mögen keine Werbung, in der lediglich das Klischee des gutmütigen Trottel wiedergekaut wird. Wir wollen Zeitschriften, die das Lebensgefühl unserer Kohorte wiedergeben. Was wir nicht wollen ist, Werbung ertragen zu müssen, die uns für dumm verkauft.

**Peter Hakenjos,  
76327 Pfinztal**

### „compass private pflegeberatung: Qualitätstest bestanden“ in AiR 10/2016, Seite 14:

Als Ruhestandsbeamter wäre man ohne die vielen nützlichen Informationen Ihres Blattes abgetrennt von der Realität. Verbesserungen sind natürlich immer nützlich: Ich wäre dankbar, wenn bei Adressangaben nicht nur die E-Mail-, sondern auch die Postanschrift vermerkt würde. Denn 30 Prozent unserer Bürger sind gar nicht ans Internet angeschlossen – ich auch nicht – und werde es auch künftig nicht sein.

**Werner Zimmermann,  
26419 Schortens**

### Sackgasse Föderalismus AiR 7-8/2016, „Kooperationsverbot“ (Seite 34) und Interview mit Dr. Claudia Bogedan (Seite 46):

Ohne diesen deutschen Föderalismus, durch den alles 16-fach kostet und in

der Verwaltung produziert werden muss – Ministerien (allein bis zu 32 Bildungs- und Wissenschaftsminister der 16 Bundesländer, also mehr, als selbst die erweiterte EU überhaupt Mitglieder hat), Gesetze, Landesparlamente, teure Prestigevertretungen der Bundesländer in Berlin und Brüssel und so weiter –, würden, wie es 1997 der damalige Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes im Rahmen der allgemeinen Erörterungen um staatliche Einsparmöglichkeiten formuliert hat, jährliche Kosten von zehn Milliarden Mark (heute wäre dies ein Vielfaches in Euro) eingespart werden können.

Diese könnten sinnvoller und ohne Steuererhöhung zum Beispiel für 100 000 bis 200 000 Lehrer verwendet werden. Geld für die Bildung wäre also in Hülle und Fülle da, es geht nur um die Prioritäten! Es geht dabei nicht nur ums Geld, es geht um die Reibungsverluste, die Ressourcenverschwendung durch die ständigen Konferenzen und Ausschüsse wie zum Beispiel Kultusministerkonferenz, Innenministerkonferenz, Bauministerkonferenz, Finanzministerkonferenz, die Erschwernisse beim Schulwechsel der Kinder über die Ländergrenzen hinweg ebenso wie die Erschwernisse für die Übernahme von Lehrern in ein anderes Bundesland bei Berufswechsel eines Ehepartners (...) Von entscheidender Bedeutung ist leider, dass das System von innen her nicht reformfähig ist. Maßgeben-

de politische Parteien pochen auf der Beibehaltung des Föderalismus (...) Die Anstöße müssen also von außen kommen. Es müsste Art. 20 Abs.2 GG endlich voll belebt werden, unter anderem durch Abstimmungsvorschläge aufgrund eines Abstimmungsgesetzes ähnlich dem von Wahlgesetzen in einer konzertierten Aktion der großen Organisationen, Verbände, Fachwissenschaftler und Praktiker und der vierten Macht im Staate, den Medien (...) Man muss sich einmal drastisch vor Augen führen: Sinn der EU ist es, innerhalb und zwischen den EU-Staaten einheitliche Lebensverhältnisse und Rechtsvorschriften zu schaffen (...), und wir in Deutschland machen das genaue Gegenteil, wir zersplittern unser Bildungs- und Rechtssystem immer mehr. Kleinstaaterei, die in Europa längst abgeschafft ist und was als großer europäischer Einigungserfolg gilt – wer soll das noch rational nachvollziehen?

**Dr. Jur. Volker Dietz,  
Ministerialrat a. D.,  
80634 München**

Das Buch „Sackgasse Föderalismus – Über den Anachronismus des real existierenden Föderalismus“ von Volker Dietz ist unter der ISBN 978-3-8330-0612-8 als Book on Demand erhältlich. ■

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.*

Zukunftsprojekte für Senioren:

# Besser leben durch Forschung und Technik

Fünf Forschungsprojekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) stellen die Verbesserung des Lebens von Senioren auf dem Land und in der Stadt in den Mittelpunkt. Die Palette reicht von ganz praktischen Ansätzen wie der Verbesserung der medizinischen Versorgung bis hin zu futuristisch anmutenden Projekten wie Straßenlaternen, die auf das Sehvermögen von Passanten reagieren.

Gebündelt werden diese Forschungsprojekte im Wettbewerb „Innovationen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel – InnovaKomm“, den das BMBF Ende 2015 gestartet hat. Unterstützt werden die Projekte mit insgesamt rund 23 Millionen Euro und zielen auf die Verbesserung der Lebenssituation von älteren Menschen in ausgewählten ländlichen und urbanen Kommunen und Regionen. Dabei ist entscheidend, dass die verschiedenen Akteure vor Ort eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen kooperieren und übergreifende Lösungen entwickeln.

## Intelligente Laternen

Das Projekt „UrbanLife+“ wird in Mönchengladbach digitale Lösungen entwickeln, die das städtische Leben für ältere Menschen „smarter“ und sicherer machen. Neben Straßenlampen, die ihre Helligkeit dem Sehvermögen der Passanten anpassen, sollen mobilitätseingeschränkte Menschen an unübersichtlichen Straßenübergängen oder gefährlichen Stufen

mit akustischen und optischen Signalen individuell auf Gefahren hingewiesen werden. Hierfür werden an Kreuzungen und kritischen Stellen Sensoren installiert, die etwa mit den Smartphones der Passanten kommunizieren können. So kann die Lautstärke des Warnsignals bei Hörgeschädigten automatisch angepasst und bei eventuellen Sprachbarrieren können Warnhinweise in der jeweiligen Fremdsprache ausgegeben werden.

In der niedersächsischen Grafschaft Bentheim soll das Projekt „Dorfgemeinschaft 2.0“ in den kommenden Jahren eine kostenfreie Servicestelle ins Leben rufen, über die vor allem ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen in ländlichen Regionen medizinische, pflegerische und soziale Versorgungsdienstleistungen in Anspruch nehmen können. Hierfür werden von der telemedizinischen Behandlung über einen regelmäßigen Einkaufsservice und Fahrdienste bis hin zu einer rollenden Praxis alle Angebote auf einer kostenlos zugänglichen Inter-

netplattform gebündelt. Weite Wege zum Arzt oder zum Supermarkt ins Nachbardorf, die für viele Menschen eine große Hürde darstellen, sollen auf diese Weise erheblich verringert werden.

## Nachbarschaftshilfe online ...

In Freiburg wird über das Projekt „SoNaTe“ ein Onlineforum aufgebaut, in dem Einkaufsläden ihre Waren, regionale Dienstleister ihren Service und Ehrenamtliche ihre Hilfe anbieten können – wie zum Beispiel Unterstützung bei Hausaufgaben,

Sprachunterricht für Migrantinnen und Migranten oder beim Einkauf. Der Zugang zum Onlineforum erfolgt entweder über eine Internetseite oder eine leicht zu bedienende App, mit der man auch von unterwegs per Smartphone den Nachbarn um Unterstützung bitten kann. Ziel des Modells ist, das nachbarschaftliche Zusammenleben in Kommunen und ländlichen Regionen zu stärken.

Im Projekt „MobiSaar“ wird für das gesamte Saarland ein flächendeckender Mobilitätsservice für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen entwickelt. Ziel ist es, Fahrten mit barrierefreier Wegeplanung zu ermöglichen. Hierzu werden Fahrpläne, Informationen zu Haltestellen, Bussen oder Gehwegen in Echtzeit ausgewertet, gebündelt und

> Flächendeckende Mobilität für Senioren und Menschen mit Einschränkungen soll im Saarland bald Realität sein.



über eine Hotline und eine Smartphone-App bereitgestellt. Für lange Wege, die mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden müssen, vermittelt die Servicestelle ehrenamtliche Lotsen.

#### ► ... und technischer Rat

Das Projekt „Kommmit“ entwickelt in Stuttgart einen Servicepoint, über den ältere Menschen Tipps und Ratschläge für die richtige Handhabung technischer Geräte einholen können. Das Serviceangebot der Kontaktstelle basiert dabei auf zwei Säulen: einer digitalen App und einem lokalen Servicebüro. Während die App Informationen zu Wohn-, Mobilitäts- und Pflegedienstleistungen bündelt und Texte bei Bedarf auch mehrsprachig über ein Smartphone oder einen Tablet-Computer vorlesen kann, dient das Servicebüro als persönliche Koordinierungs- und Anlaufstelle. Neben regelmäßigen Schulungen, mit denen die Medien- und Technikkompetenz älterer Menschen unterstützt werden soll, bietet das Büro zusätzlich Gelegen-

heit, neue Assistenzsysteme für den Haushalt auszuprobieren.

Insgesamt sollen die Projekte den Bewegungsradius und das Aktivitätsspektrum von älteren Menschen erhalten und erweitern. Gleichzeitig knüpfen sie an einen bereits gestarteten BMBF-Förderschwerpunkt an, bei dem die technisch assistierte Pflege von älteren Menschen in ihren eigenen vier Wänden im Mittelpunkt steht. Hier wurden bereits konkrete Verbesserungen für Pflegebedürftige entwickelt, beispielsweise im Projekt „INSYDE“, eine intelligente Matratze, die durch Sensoren ungünstige Liegepositionen bettlägeriger Patienten erkennt, entlastende Positionen vorschlägt und bei Bedarf auch die Umlagerungen für das Pflegepersonal übernehmen kann. Im Projekt „Care-Jack“ hilft eine orthopädische Weste, die den Oberkörper der Pflegekraft beim Heben oder Drehen eines Patienten stabilisiert und mechanisch unterstützt. ■



Seniorentanz:

# Alles, außer taktlos

Matthäus Aurelius Hampel spielt eine tragikomische Rolle in Karl Mays Roman „Der Ölprinz“. Der emeritierte Kantor hat sein Leben der Musik gewidmet und will im Wilden Westen eine Heldenoper komponieren, doch vom Tanzen, der Umsetzung von Musik in Bewegung, hält er nichts: „Das Tanzen ist eine hastige und immerwährende Veränderung des festen Standpunktes, durch die man in unästhetischen Schweiß gerät.“ Ein Trugschluss, denn Tanzen ist ein Fitnessstraining, das besonders für Senioren geeignet ist, um Körper und Geist auf Trab zu halten. Der Allgemeine Deutsche Tanzlehrerverband (ADTV) hat eigens ein Übungsprogramm für die Generation 60 plus entwickelt.

> Ein schöner Nebeneffekt: Eine Stunde Tanzen verbrennt so viel Kalorien wie eine Stunde Holzhacken.



© aleutic / Fotolia

Spätestens seit der TV-Show „Let's Dance“, die von 2006 bis heute in neun Staffeln und 64 Folgen stets mehrere Millionen Zuschauer begeisterte, ist

der Gesellschaftstanz zusätzlich zum professionellen Turniertanz in den allgemeinen Fokus gerückt. Tanzschulen, -clubs und -vereine erfreuen sich ei-

nes regen Zulaufs. Und auch dabei sorgt die demografische Entwicklung dafür, dass auf den Tanzflächen die Altersstruktur und die Bedürfnisse der

Tanzbegeisterten durcheinander wirbeln. Immer mehr ältere Paare und vor allem Singles erkennen die Vorteile des Tanzes für ihr Wohlbefinden und wagen sich wieder – oder sogar erstmals – auf das Parkett.

## > Seniorentanz boomt

Einer Studie der Universität Bochum aus dem Jahr 2013 zufolge verbessert das Tanzen nicht nur die Bewegungs- und Reaktionsfähigkeit von Senioren ganz erheblich, sondern fördert auch die kognitiven Fähigkeiten. Denn das Erlernen und Verinnerlichen von Bewegungsabläufen und deren Koordination, auf dem Parkett sind das die Schrittfolgen der Tänze, stellen spielerisch hohe Anforderungen an die grauen Zellen. Eine Übungsstunde pro Woche reicht aus, um diese Effekte zu erzielen. Mehr Stunden bringen nichts, was besonders die Männer freuen dürfte, die sich bereits in jungen Jahren oft als ausgesprochene Tanzmuffel erweisen und sich im fortgeschrittenen Alter erst recht nicht mehr auf das Parkett trauen. Schuld daran sind traditionelle Rollenklischees, die den Mann als unfehlbaren Entscheider definieren und falsch gesetzte Tanzschritte, die seine Partnerin aus dem Takt bringen, nicht vorsehen.

Versagensängste sind beim Seniorentanz jedoch unangebracht, denn die Tanzschritte werden

## > Tanzen im Sitzen

Der Bundesverband Seniorentanz (BVST) mit derzeit 6 300 aktiven Mitgliedern bietet Tanzen ohne festen Partner und für gesundheitlich deutlich eingeschränkte Senioren als „Tanzen im Sitzen“ an. Auf Stühlen oder im Rollstuhl sitzend wird durch rhythmische Übungen der

Bewegungsapparat geschult. Wo therapeutisches Tanzen angeboten wird, erfahren Sie unter anderem auf der Homepage des Verbandes unter [www.bfcw.com](http://www.bfcw.com). Über die Möglichkeiten des Line Dance informiert einführend der Bundesverband für Country & Western-tanz (BfCW) unter [www.bfcw.com](http://www.bfcw.com).

immer wieder vorgeführt, nicht die Tänzer. Es gibt keinen Wettbewerb, keine Konkurrenz, keinen Leistungsdruck. Das ist eine wichtige Grundlage des Seniorentanzprogramms „Agilando“, das der Deutsche Tanzlehrerverband auf der Grundlage der Bochumer Studie entwickelt hat. Das Programm kombiniert tänzerische Gymnastik mit unterschiedlichen Schrittfolgen und trägt der Tatsache Rechnung, dass wesentlich mehr alleinstehende Frauen als Paare die Kurse besuchen. Paartanz mit unterschiedlichen Herenschritten und Damenschritten steht demnach nicht im Mittelpunkt der Seniorenkurse, sondern das Erlernen von rhythmischen Schrittfolgen für alle ... mit allen.

Erfolge stellen sich von Stunde zu Stunde mehr ein, die allgemeine Lebenszufriedenheit, auch das hat die Bochumer Studie erwiesen, nimmt zu und erbringt einen deutlichen Zugewinn für die Bewältigung des Alltags. Wer schneller reagiert, aufmerksamere seine Umwelt wahrnimmt und seine Körperbalance im Griff hat, ist weniger anfällig für Stürze und meistert Stresssituati-

onen – etwa im Straßenverkehr oder bei der Einkaufshektik – besser. Sogar zur Vorbeugung gegen Demenz ist das Tanzen geeignet, denn das Erlernen von Tanzschritten ist nichts anderes als spielerisches Gedächtnistraining.

► **Solo im Takt**

Wer alle diese Vorteile für Gesundheit und Wohlbefinden nutzen möchte, aber mit Standardtänzen und -tanzschritten nicht viel im Sinn hat, ist in einer Line-Dance-Gruppe bestens aufgehoben. Auch Line Dance ist ideal für Singles, denn alle Teilnehmer tanzen ohne Partner, aber in der Gruppe in Reihen und Runden. Dabei reicht das Repertoire – getanzt wird häufig nach traditionellen Countrysongs – von einfachen Schrittfolgen bis hin zu ganzen Choreografien. Und die Senioren lassen einfach Sprünge und Hüpfen aus – oder auch nicht, je nach individueller Fitness und Mobilität. Die Schrittfolgen werden laufend wiederholt und wechseln bei einfachen Tänzen in der Regel bereits nach 16 bis 32 Schritten. Hinzu kommen Drehungen und Richtungswechsel, die zumeist eben-

► **Seniorentanzprogramm Agilando**

Der Allgemeine Deutsche Tanzlehrerverband (ADTV) hat das Seniorentanzprogramm „Agilando“ entwickelt. Es kombiniert tänzerische Gymnastik mit unterschiedlichen Schrittfolgen ohne den Paartanz in den Mittelpunkt zu stellen, so dass sich Singles problemlos an den Kursen beteiligen können. Unter anderem auf der Website [www.tanzen.de/best-ager](http://www.tanzen.de/best-ager) sind die Tanzschulen mit Agilando-Kursen im Angebot nach Postleitzahlen aufgelistet.

so exakt angesagt werden wie die Kommandos „Indie-Hände-Klatschen“ oder „Mit-den-Füßen-Stampfen“. Das Mitmachen ist so für jedermann binnen Kurzem möglich.

► **Gestärktes Körperbewusstsein**

Line Dancer verbinden ihre Vorliebe zum Tanzen oft mit ihrem Faible für den „Wilden Westen“ und stafieren sich stilgerecht aus: Cowboystiefel, Jeans, Lederwesten, Halstücher und breitkrempige Hüte gehören für die Herren ebenso dazu wie für die Damen Rüschenkleider und Federhütchen. Aber bunte Blusen und Fransenjacken sind ebenfalls recht. Was zählt, ist der Spaß in der (Tanz-)Gruppe, die zwar aus lauter Solotänzern besteht, aber bestens geeignet ist, neue soziale Kontakte zu schaffen, die im

Alter besonders wichtig sind. Und ein gemeinsamer Auftritt beim Bürgerfest oder auf dem Sommerfest schafft Glücksmomente.

Ob in Frack und Lackschuhen oder in Jeans und Stiefeln: Tanzen ist ein Jungbrunnen. Viele Senioren haben sogar über Line Dance oder Agilando wieder zurück zum Paartanz gefunden. Zusätzlich zum neuen Körperbewusstsein und zum Plus für die Fitness bringt das Paartanzen übrigens jede Menge Streicheleinheiten für das männliche Ego.

Wo sonst als auf der Tanzfläche hat „Mann“ die Gelegenheit, „Frau“ zu zeigen, wo es langgeht? Denn die wichtigste Regel beim Gesellschaftstanz lautet: „Der Mann führt,“ Trauen muss er sich nur müssen ...

sm



© Dennis Cox / Fotolia

► Eine Stunde Tanzen pro Woche reicht aus, um Körper und Geist fit zu halten.

## Theos Themen

# Reife Ansichten

Unser freier Mitarbeiter Theobald (Theo) Tatterich kommentiert auf dieser Seite mehr oder weniger kuriose Vorkommnisse aus der Welt der Beamten und anderer Menschen, vor allem Senioren, mit ganz eigenem Humor.

### ► Weich fallen, ...

Im Silicon Valley, das ist ein einschlägig bekanntes Tal irgendwo in Kalifornien, haben sie (wer sie?) jetzt die Alten entdeckt. Und mit ihnen, beziehungsweise von ihnen, tragbare Airbags, die die Hüften beim Fallen schützen (fallende Alte machten schon immer was her!) und Windeln, die per App melden (aber wer hat die schon!), wenn sie gewechselt werden müssen. Die Senioren (so heißen in dem kalifornischen Natureinschnitt offenbar auch wir Alte) – also die Senioren designen (entwerfen, zeichnen, malen) selbst, was sie brauchen. Da fiel mir aber noch eine Menge mehr ein als nur Hüftenschützer und Windenwechsler!

### ► ... weicher fallen

Urteilen Sie selbst: Wenn jemand infolge von Überarbeitung vom Schlaf übermannt wird (überfraut gibt es da wohl nicht in der deutschen Sprache) und dann vom Stuhl fällt, ist das ein Arbeitsunfall. So jedenfalls hat ein Gericht entschieden. Allerdings handelt es sich in unserem Fall um einen Dienstunfall, weil es ein Beamter war, der, während seiner Dienstzeit eingenickt, vom Stuhl fiel und sich dabei die Nase brach. Und die gesetzliche Unfallversicherung musste zahlen. (Leider gibt es kein Bild von dieser Nase vorher und nachher). Aber leitet sich aus diesem Unfall nicht der Anspruch ab, alle Amtsstufen mit besonders weichen Teppichen auszustatten? Dass die Kosten für diese Auslegware der Steuerzahler berappt, dürfte ja wohl klar sein! Ob es da nicht billiger wäre, alle Bürostühle (im höheren Dienst hießen die dann aber eher BüroSESSEL) mit Sicherheitsgurten auszustatten und die Sitznehmer (wir vermeiden das Wort „Sesselfur...“) zu verpflichten, diese auch anzulegen?

### ► Extravagant im Dienst

Die Bundespolizei will es angeblich beim Auftreten ihrer Beamten lockerer angehen lassen. So sollen künftig auch Piercings erlaubt sein, allerdings mit der Einschränkung, dass sie „dezent und unauffällig“ wirken. Bei Tätowierungen sei alles erlaubt, was beim Tragen der Dienstkleidung („Uniform“ hat da viel mehr Schmackes!) nicht zu sehen ist. Und bei kurzärmeligen Hemden im Sommer schon gar nicht. Da fragt sich doch der Tattoo-Beamte,

warum sich stechen lassen, wenn es niemandem ins Auge sticht, außer der Freundin oder dem Freund, der Gattin oder dem Gatten nach Dienstschluss. Oder wenn er öffentlich Schwimmen oder Saunieren geht. Denn dabei hat er ja selten seine Mütze auf oder andere Gegenstände am Körper, die ihn als Ordnungshüter ausweisen. Aber es kommt noch besser: Der „Reformentwurf“ für das Tragen von Dienstkleidung kümmert sich auch rührend um die Frisur der Beamten. Diese darf nämlich nicht so extravagant getragen und gefärbt sein, dass Polizisten „bei der Amtsausübung nicht ernst genommen werden.“ Als ob ein Flüchtling einen Lachanfall bekäme, wenn er an der deutsch-österreichischen Grenze von einem blondgelockten Polizeihauptmeister in Empfang genommen würde! Nach wie vor bleibt im Übrigen der Dreitagebart verboten. Und dies wohl hauptsächlich deshalb, um die Polizistenkolleginnen nicht zu betören, die auf solche Stoppel-Machos fliegen ...

### ► Tu felix Austria!

Als Ende letzten Jahres unsere Sozialministerin Andrea Nahles was ganz und gar Naheliegendes laut dachte, nämlich, dass wir Beamte auch in die Rentenkasse einzahlen sollten, setzt sie noch einen drauf mit der Begründung, dass die Beamtenversorgung in Österreich schließlich an die gesetzliche Rente angepasst würde. Ohne jetzt der Frage nachzugehen, was denn nun wirklich eine Beamtenrente kosten würde, lassen wir Franz Grillparzer zu Worte kommen: „Wüssten die Österreicher besser, was Österreich ist, sie wären bessere Österreicher; wüsste die Welt besser, was Österreich ist, die Welt wäre besser.“ Und wir seniorischen Beamten ärmer.

### ► Das beste am Alter

Der englische Philosoph Francis Bacon (wäre er ein Deutscher hieß er Franz Speck), also dieser Speck, äh, Bacon, der von 1561 bis 1626 auf der Brexit-Insel lebte und dachte und schrieb, kam zu folgender Erkenntnis: „Bei vier Dingen scheint das Alter das Beste zu sein: altes Holz eignet sich am besten zum Verbrennen, alter Wein zum Trinken, alte Freunde zum Vertrauen und alte Autoren zum Lesen.“ Und deswegen lesen Sie ja hier auch in meinem Tagebuch ...

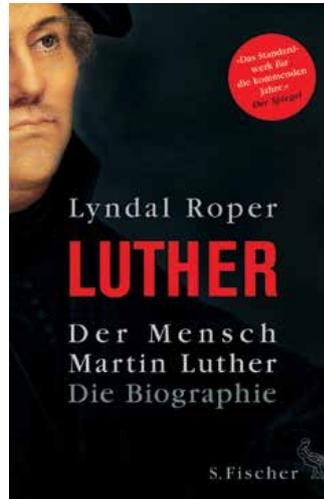
**cwb**

## Buchtipps:

## Der Mensch Martin Luther

189 der 730 Seiten dieser Psychoanalyse des Reformators nehmen Anmerkungen, Bibliografie und Register ein. Davor versucht die renommierte Oxford-Historikerin Lyndal Roper, bewandert in der deutschen Geschichte des 16. Jahrhunderts, in 19 Kapiteln die Persönlichkeit Martin Luthers mit seinem theologischen Protest in Einklang zu bringen. Ein schwieriges Unterfangen, zumal Sympathie für den Menschen M. L. eher außen vor bleibt. Roper hat unter anderem herausgefunden, dass er intellektuell unabhängig und entscheidungs-

freudig war oder ein Ereignis inszenierte, etwas Spektakuläres tat, was ihm Aufmerksamkeit verschaffte. Er konnte aber auch denjenigen, der nicht seiner Meinung war, schonungslos abservieren. Luthers Weg hin zum Begründer der Reformation zu beschreiben, ist eine Leistung, die den Vergleich mit anderen Werken, die rund ums Lutherjahr erschienen, auf gar keinen Fall zu scheuen braucht. Ropers Sichtweise wirft oft ein ganz anderes Licht auf die sattsam bekannten historischen Ereignisse und ergänzt durch mancherlei Unbekanntes.



Teile der Lebensdarstellung Luthers gehören sicher ohne Zweifel dazu und nicht nur sein gehässiger Anti-

semitismus oder seine Bewunderung für die Türken. Seine Frömmigkeit war kein Zuckerwerk, aber er selbst wohl auch kein Spaßverderber. Die Autorin nennt ihn einen „schwierigen Helden“, der so gut wie keine Kompromisse schloss, aber auch Sinn für Humor hatte und einen störrischen Realitätssinn. Zu fragen ist, ob solche aus Briefen und anderen Quellen gefilterte Erkenntnisse über menschliche Züge nicht eh in eine Biografie gehören, ohne dass man sie so werbewirksam hervorhebt wie im vorliegenden Buch.

cwb





## Einkommensrunde 2017:

# „Es ist genug Geld da!“

Zum Auftakt der Einkommensrunde 2017 für die Beschäftigten der Länder hat dbb Tarifchef Willi Russ am 18. Januar 2017 klargemacht, dass das Argument klammer Kassen diesmal nicht zieht. Die Verhandlungen wurden – trotz konstruktiver Atmosphäre – auf den 30. Januar vertagt. Eine dritte Runde ist für den 16./17. Februar geplant.

„Sinkende Bewerberzahlen und sprudelnde Steuereinnahmen – die Konsequenz daraus ist zwingend: Spürbare Einkommenszuwächse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“ Mit diesem Kernargument war dbb Verhandlungsführer Willi Russ am 18. Januar 2017 in Berlin in die Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder gegangen. „Allein im vergangenen Jahr sind die Steuereinnahmen der Länder um über sieben Milliarden Euro gestiegen. Es ist also genug Geld da, um den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst entgegenzukommen.“

Eine angemessene Bezahlung, so Russ weiter, sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern im ureigenen Interesse der Arbeitgeber: „Die nachlassende Konkurrenzfähigkeit der Länder auf einem immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt kann man doch nicht einfach hinnehmen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gegenzusteuern und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern.“

### ➤ Eine klare Forderung gab den Weg vor

„Die Einkommen der Landesbeschäftigten hinken den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen jetzt schon um rund vier Prozent hinterher“, hatte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bereits am 14. Dezember 2016 auf der Pressekonferenz zur Einkommensforderung in Berlin klargestellt. „Diese wachsende Einkommensschere müssen wir schließen.“ Neben den linearen Forderungen ste-



➤ dbb Chef Klaus Dauderstädt (Mitte), dbb Verhandlungsführer Willi Russ (rechts) und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske stellten die Einkommensforderung am 14. Dezember 2016 der Öffentlichkeit vor.



➤ Warm-up bei eisigen Temperaturen: Zum Auftakt der Einkommensrunde demonstrierten dbb Mitglieder vor dem Verhandlungsort, der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin.

hen in dieser Einkommensrunde auch wichtige strukturelle Entscheidungen an. „Wir fordern die stufengleiche Höhergruppierung und die durchgehende Einführung einer Stufe 6 in der Tabelle“, erläuterte Verhandlungsführer Willi Russ das

Forderungspaket des dbb. Außerdem verlangt der dbb Verbesserungen in der Lehrerentgeltordnung.

### ➤ Struktureller Nachholbedarf

Eine weitere Forderung des dbb ist die Weiterentwicklung der Entgeltordnungen der Länder, was die Eingruppierungsregelungen betrifft. „Es ist nicht einzusehen, dass die Entgeltordnung im Bereich der TdL deutlich hinter der Qualität der Bundes- und der kommunalen Regelungen abfällt“, erklärte Russ. Darüber hinaus müssten die Perspektiven für junge Menschen im öffentlichen Dienst verbessert werden. Eine verlässliche Übernahme für Azubis sei auch in Anbetracht der Probleme bei der Nachwuchsgewinnung unabdingbar

➤ Beschluss der dbb Gremien über die Einkommensforderung am 14. Dezember 2016 in Berlin

für die weitere Entwicklung des öffentlichen Dienstes.

## Branchentage zeichneten Stimmungsbilder

Zur Vorbereitung der Einkommensrunde hatten bis zur Forderungsfindung weitere Branchentage stattgefunden. So wurde am 23. November 2016 in Leipzig klar, dass die Arbeitsbedingungen an Schulen verbessert werden müssen, damit der Lehrerberuf wieder an Attraktivität gewinnt. Mitglieder der Lehrerverbände SLV (Sächsischer Lehrerverband im VBE), PVS (Philologenverband Sachsen) und LVBS (Berufsschulverband) diskutierten dort mit dbb Verhandlungsführer Willi Russ.

Am 28. November 2016 meldeten sich die Beschäftigten der Finanzverwaltung in Stuttgart gegenüber Spitzenvertretern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) zu Wort. DSTG-Chef Thomas Eigenthaler hob die besonders hohen Anforderungen an die Beschäftigten in den Finanzbehörden hervor: „Immer mehr Steuerfälle, ein

immer komplizierteres Steuerrecht und eine unzureichende EDV-Ausstattung prägen seit Jahren unseren Arbeitsalltag“, so Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.

## Sonderfall Hessen

Ähnlich hatten sich auch Beschäftigte am 8. Dezember 2016 im hessischen Gelnhausen geäußert. Das Bundesland ist als Einziges nicht Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und verhandelt separat für die über 69 000 Landesbeschäftigten.

„Die Beamten und Tarifkräfte machen nicht nur in der Finanzverwaltung einen ausgezeichneten Job. Das verdient echte Wertschätzung, auch bei der Bezahlung. Die letzte Erhöhung der Besoldung der rund 100 000 Landesbeamten um nur ein Prozent beziehungsweise einen Mindestbetrag von monatlich 35 Euro wird dem nicht gerecht“, machte dbb Vize und DSTG-Chef Thomas Eigenthaler deutlich.



Mitglieder der dbb Bundesleitung und der Bundestarifkommission hatten im Vorfeld der Forderungsfindung bundesweit Branchentage besucht. dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra (Mitte) diskutierte am 12. Dezember 2016 mit Forstleuten in Nürnberg.

Am 30. November trafen sich Beschäftigte des Landesamtes für Besoldung und Versorgung NRW in Düsseldorf. „Hier im Landesamt treten die Ungerechtigkeiten des aktuellen Tarifrechts besonders deutlich zu Tage“, umriss Willi Russ die Stimmung in Nordrhein-Westfalen. „Die Kolleginnen und Kollegen kennen aufgrund ihrer täglichen Arbeit die Unterschiede zwischen TVöD und TVL ganz genau. Auch deshalb wird

das Ökosystem Wald – dafür verdienen wir mehr Wertschätzung“, argumentierten die Beschäftigten der bayerischen Forstverwaltung. An der Diskussion hatten sich auch Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz beteiligt.

„Die Länder müssen auch künftig ihrer Verantwortung gegenüber den Forstverwaltungen gerecht werden und sollten nicht alles kommunalisieren, um die erforderliche finanzielle Unterstützung mit formalen Argumenten versagen zu können“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Hans-Ulrich Benra. „Die Forstleute wollen und sollen Landesbedienstete bleiben. Und sie sollen anständig bezahlt werden: Deshalb fordern wir eine sach- und anforderungsgerechte Eingruppierung.“ Benra forderte Zusammenhalt: „Auch wenn die Beamten unter Ihnen ihre Forderungen zur Einkommensrunde nicht auf dem Weg von Arbeitsniederlegungen deutlich machen können. Unterstützen Sie Ihre tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, weil auch Sie von einem guten Tarifabschluss profitieren, der zeit- und wirkungsgleich auf alle Landes- und Kommunalbeamten übertragen werden muss.“

### Der dbb fordert:

6 Prozent Gesamtforderung, darin enthalten:

- > Mindestbetrag als soziale Komponente
- > Einführung einer Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9
- > Stufengleiche Höhergruppierung
- > Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 90 Euro und des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage
- > Übernahme aller Auszubildenden der Länder
- > Laufzeit 12 Monate
- > Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten der Länder und Kommunen
- > Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte (Erhöhung der Angleichungszulage)
- > Weiterentwicklung der Entgeltordnung im Länderbereich



Die erste Verhandlungsrunde wurde ergebnislos vertagt. Dennoch seien die Gespräche konstruktiv gewesen, gab dbb Verhandlungsführer Willi Russ (Dritter von rechts) zu Protokoll.

„Die hessischen Financer lassen sich nicht mit Brosamen abspesen, während im erstklassigen Wirtschaftsstandort Hessen die Steuereinnahmen nur so sprudeln. Schluss mit unfairen Sonderopfern, Schluss mit üblen Motivationskillern“, so Eigenthalers Botschaft an die Landespolitik.

es höchste Zeit, dass die Stufe 6 endlich auch im Landesbereich Realität wird.“

## Beamte im Schulterschluss

Forstleute trafen sich am 12. Dezember 2016 in Nürnberg. „Wir hegen und schützen

Zahlen Daten Fakten 2017:

# Komprimiertes Fachwissen



Wer sich fundiert an der politischen und gesellschaftlichen Diskussion um den öffentlichen Dienst beteiligen will, muss dessen Rahmendaten kennen. Der dbb gibt jährlich die handliche Broschüre „Zahlen Daten Fakten“ heraus, die alle wesentlichen statistischen Informationen zur Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes bündelt.

Besonderes Augenmerk richtet die 76 Seiten starke Publikation dabei auf die schnelle Auffindbarkeit wichtiger Zahlen: Wie viele Beamte gibt es bei Bund, Ländern und Kommunen? Wie viele Angestellte arbeiten dort? Wie viele davon sind Frauen und arbeiten in Teilzeit? Statt seitenlange Aufstellungen zu durchforsten, aus denen sich der interessierte Leser so manche Zahl selbst errechnen muss, gibt die Broschüre ihren Lesern kompakt, aber dennoch detailliert Auskunft über die wichtigsten Eckdaten des öffentlichen Dienstes. Ergänzt wurde „Zahlen Daten Fakten 2017“ unter anderem um Übersichten zur Verteilung der Be-

schäftigten in Besoldungs- und Entgeltgruppen und die aktuellen Ausbildungsquoten.

Weiter stehen die Altersstruktur der Beschäftigten und die Ausbildung im öffentlichen Dienst im Fokus der Broschüre, denn nicht erst in Zeiten wachsender Bedrohung von außen und damit einhergehender Herausforderungen für Polizei und Justiz wird deutlich, dass die öffentliche Hand ein massives Nachwuchsproblem hat: Rund 57 Prozent der heute Beschäftigten werden in den kommenden 20 Jahren aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. In den kommenden zehn Jahren sind es rund 26

Prozent. Die Ausbildungszahlen können diesen anhaltenden „Mitarberschwund“ bislang nicht vollständig kompensieren, obwohl in den vergangenen Jahren wieder Zuwächse verzeichnet werden konnten. So lassen sich allein aus dem Zahlenmaterial eindeutige Handlungsaufforderungen für die Politik ableiten, ohne dafür auf ideologisch geführte Diskussionen zurückgreifen zu müssen. Auf diesem Wege trägt „Zahlen Daten Fakten“ zur Versachlichung der Diskussion um den öffentlichen Dienst bei.

Die Broschüre „Zahlen Daten Fakten 2017“ ist zur Jahrestagung des dbb in Köln am 9. Januar 2017 erschienen. Zahlengrundlage sind Material der Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamtes, Informationen der Bundesministerien sowie eigene Berechnungen des dbb. Zahlen Daten Fakten 2017 steht kostenlos zum Download zur Verfügung: [www.dbb.de](http://www.dbb.de). ■

## > dbb Mitgliederzahlen

### Erneut kräftiger Anstieg

Der dbb kann erneut einen kräftigen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Zum Jahresende 2016 (Stand 1. Dezember) waren insgesamt 1 306 019 Mitglieder unter dem Dach des dbb organisiert, das sind 11 617 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

„Wir werten diesen Zuwachs als Stärkung unserer Durchsetzungsfähigkeit und als Bestätigung für den gewerkschaftspolitischen Kurs unserer Organisation“, sagte dbb Chef Klaus Dauderstädt am 30. Dezember 2016 zur Veröffentlichung der neuen Verbandsstatistik in Berlin. Im dbb sähen Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche ihre Interessenvertretung in guten Händen. „Dafür spricht auch, dass die dbb Mitgliederzahlen seit

Jahren kontinuierlich steigen“, so Dauderstädt. „Wir nehmen diesen Zuspruch auch als Rückenstärkung mit in die Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder, die Mitte Januar 2017 startet.“

Von den 1 306 019 Mitgliedern sind 919 417 Beamte (4 161 mehr als 2015) und 386 602 Angestellte (ein Zuwachs von 7 456 gegenüber dem Vorjahr). In den Reihen des dbb organisiert sind 423 870 Frauen (2015: 414 177) und 882 149 Männer (1924 mehr als 2015).

Unter dem Dach des dbb sind Landesbünde in allen 16 Bundesländern sowie 43 Mitglieds-gewerkschaften vereint, die Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche organisieren.

## CESI-Kongress: Dauderstädt erneut Vizepräsident

Am 2. Dezember 2016 tagte der ordentliche Kongress der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) in Brüssel. 31 dbb Delegierte nahmen zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus über 30 anderen europäischen Ländern teil. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt als Vizepräsident der CESI bestätigt.

Auch in der CESI-Spitze gibt es Kontinuität. Romain Wolff von der luxemburgischen Beamtengewerkschaft CGFP wurde ebenso mit großer Mehrheit wiedergewählt wie Generalsekretär Klaus Heeger.

Dauderstädt will sich weiter dafür einsetzen, dass die unabhängigen Gewerkschaften eine starke Stimme im sozialen Europa haben und die EU die

Besonderheiten und den besonderen Stellenwert des öffentlichen Dienstes achtet.

Nicht mehr im Präsidium der CESI vertreten ist das dbb Ehrenmitglied Frank Stöhr, der sich aus Altersgründen nicht wieder zur Wahl stellte. Stöhr war über viele Jahre Schatzmeister der CESI. Die CESI konnte ihre Einnahmen wie auch ihre Aktivitäten während



> Die neu gewählte CESI-Führungsspitze: Präsident Romain Wolff, Generalsekretär Klaus Heeger, Schatzmeister Urs Stauffer, Vizepräsident Klaus Dauderstädt mit dem ausgeschiedenen Schatzmeister Frank Stöhr (von links).

seiner Amtszeit deutlich ausweiten. Der Kongress sprach seinem langjährigen Schatzmeister große Anerkennung und Dank aus. Die Delegierten wählten den Vorsitzenden des mit dem dbb seit Jahrzehnten befreundeten Zentralverbands der Schweiz, den Steuerbeamten Urs Stauffer, als neuen Schatzmeister.

Die CESI vertritt 42 Mitgliedsorganisationen mit fünf Millio-

nen Arbeitnehmern und Beamten in 28 Ländern in Europa. Seit ihrem letzten Kongress im Dezember 2012 wurden elf neue Gewerkschaften aufgenommen. Die CESI ist anerkannter EU-Sozialpartner und mit ihren Mitgliedsorganisationen in vier Bereichen (Zentralbehörden, Kommunal- und Regionalbehörden, Bildung und Zivilluftfahrt) in die Arbeiten des europäischen sozialen Dialogs einbezogen. ■

## Öffentlicher Dienst: Kritik an Pauschalurteilen

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat in der „Heilbronner Stimme“ (Ausgabe vom 13. Januar 2017) Pauschalurteile gegen den öffentlichen Dienst kritisiert.

Insbesondere Sicherheitsbeamte unternahmen tagtäglich alles, „um unser aller Sicherheit zu gewährleisten“. Dauderstädt erklärte, dass der dbb in der Frage, welche Aufgaben der öffentliche Dienst in Zukunft wie bewältigen könne, entsprechende Akzeptanz und Wertschätzung auch in der Politik durchsetzen wolle. „Dabei geht es darum, dass die Bezahlung und Personalbemessung angemessen ist und wir entsprechende technische Ausstattung bekommen, um weiter wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Mit Blick auf das beamtenrechtliche Alterssicherungssystem der Beamten betonte der dbb Bundesvorsitzende erneut, dass es die Dienstherren versäumt hätten, rechtzeitig Rücklagen für die Pensionen anzulegen. „Es wäre besser gewesen, man hätte schon vor Jahrzehnten Versorgungsrücklagen oder Versorgungsfonds angelegt.“ Dauderstädt lobte indes auch die Fortschritte, die hier durch gemeinsame Anstrengungen in den letzten Jahren erreicht worden seien. „Ein Teil der Versorgungskosten kann aus ent-



© Torbz / Fotolia

sprechenden Rücklagen gedeckt werden. Für neue Beamte haben wir im Bund und einigen Ländern Vorsorge getragen, dass deren künftige Pensionskosten komplett aus den Fonds

finanziert werden können – so, dass Haushalt und Steuerzahler gar nicht mehr belastet werden. Wir sind bereit, an dieser Entwicklung weiter mitzuarbeiten.“ ■

### > Kurz berichtet

Der dbb hat sich am 6. Dezember 2016 mit der Arbeitgeberseite im **Konflikt über einen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Stadt Naunhof** grundsätzlich geeinigt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Beschäftigten und der politischen Gremien wird es einen Haustarifvertrag geben, der fast zu 100 Prozent den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) abbildet.

„In Naunhof wird es damit erstmals seit 1994 wieder einen Tarifvertrag geben, und die Arbeitsbedingungen werden endlich denen des öffentlichen Dienstes in anderen Kommunen entsprechen. Möglich gemacht haben dies der beispiellose Zusammenhalt, das Engagement und die Kampfbereitschaft aller Kolleginnen und Kollegen“, sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ.

## Missbrauch von Pensionsrücklagen: Für gemeinsame Verwaltung der Versorgungskassen

dbb Chef Klaus Dauderstädt hat am 3. Januar 2017 in Berlin gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) davor gewarnt, die inzwischen angesparten Rücklagen für die Beamtenversorgung bei Bund und Ländern in zweistelliger Milliardenhöhe zweckentfremdet einzusetzen. Die Versorgungsrücklagen dürften weder zur Sanierung der Globalhaushalte noch zur Stabilisierung der Rentenversicherung missbraucht werden.



© M. Schuppich / Fotolia

Bund und Länder haben bis heute deutlich mehr als 40 Milliarden Euro für die Beamtenpensionen angespart. Allein der Bund hatte zuletzt rund zehn Milliarden Euro als Versorgungsrücklage und mehr als 2,3 Milliarden in

einem Versorgungsfonds, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 5,5 Milliarden Rücklage und mehr als zwei Milliarden Euro in Fonds. Trotz der hohen Summen blieben Finanzierungslücken, so Dauderstädt: „Für die vorhandene

Beamtenschaft reichen die Rücklagen nicht aus, dafür müssen erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden.“ Die kommunalen Versorgungskassen seien besser gefüllt, da die Gemeinden systematischer und früher vorge-

sorgt hätten, lobte Dauderstädt: „Hätten Bund und Länder bereits in den 50er- und 60er-Jahren solche Fonds angelegt, gäbe es heute kein Problem mit der Versorgungsfinanzierung.“

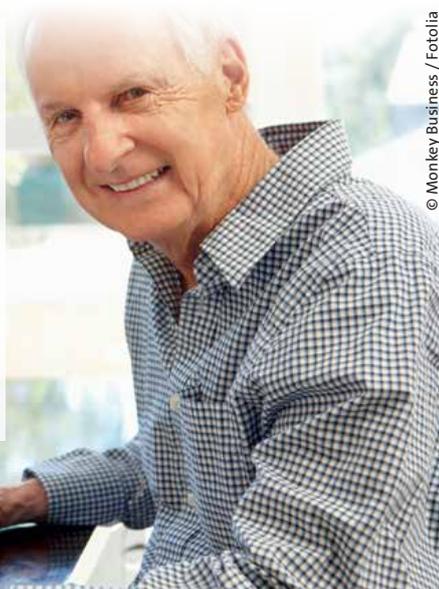
Zur langfristigen Sicherung der Versorgungsfonds und -rücklagen setzte sich der dbb Chef zudem für organisatorische Reformen ein: „Ich plädiere dafür, die Rücklagen in einer gemeinsamen Einrichtung – etwa bei der Bundesbank – zu verwahren, um sie vor Zugriffen abzusichern. Außerdem lassen sich so wahrscheinlich höhere Kapitalerträge erwirtschaften.“

Einer gemeinsamen Erwerbstätigenversicherung, inklusive Selbstständige, Beamte und Freiberufler, erteilte Dauderstädt eine Absage. „Es macht keinen Sinn, Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung zu zwingen. Auch den Verfechtern einer Erwerbstätigenversicherung muss klar sein, dass Beitragsleistung und Rentenleistung im Einklang stehen müssen. Für die Rentenversicherung wäre die Aufnahme der Beamten finanziell deshalb gar kein Gewinn.“ ■

Arbeit im Rentenalter:

# Beschäftigte sind meist zufrieden

Wer im Rentenalter arbeitet, ist damit meist zufrieden. Das ist ein Fazit des Arbeitszeitreports Deutschland 2016, den die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) kürzlich vorgelegt hat. Mit dem Report möchte die BAuA, eine Ressortforschungseinrichtung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, einen Beitrag zur aktuellen Debatte rund um das Thema Arbeitszeit liefern.



© Montley Business / Fotolia

(89 Prozent), etwa jeder Zehnte hat versetzte Arbeitszeiten. Wochenendarbeit ist auch in dieser Gruppe weit verbreitet: 45 Prozent arbeiten mindestens einmal im Monat am Wochenende, etwa zwei Drittel davon sowohl samstags als auch sonntags. Die Befragten über 65-Jährigen berichteten zudem von deutlich mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit als etwa die 15- bis 65-Jährigen.

Die Autoren des Arbeitszeitreports stellen in ihrem Gesamtfazit fest, dass die Beschäftigten in Deutschland im Durchschnitt länger arbeiten als vertraglich vereinbart. Lange Arbeitszeiten und Überstunden werden – ebenso wie die weit verbreitete Wochenendarbeit – mit gesundheitlichen Beschwerden in Verbindung gebracht. Zudem stellen Änderungen der Arbeitszeit, Arbeit auf Abruf, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft und ständige Erreichbarkeit besondere Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Beschäftigten. Erwartungsgemäß zeigte sich, dass Erwerbstätigen mit hohen Arbeitszeitanforderungen ihren Gesundheitszustand seltener als gut einschätzen, auch weniger zufrieden sind mit der Vereinbarkeit ihres beruflichen und privaten Lebens. Der Arbeitszeitreport Deutschland 2016 leistet einen Beitrag dazu, das Ausmaß und die Verteilung dieser aktuellen Phänomene mit neuen, repräsentativen Daten zu untermauern. Die Befragung soll in sechs-jährigem Abstand wiederholt werden. Zudem will die BAuA sowohl politische als auch betriebliche Handlungsempfehlungen folgen lassen. *cok*

Mehr Informationen zum Arbeitszeitreport unter [www.baua.de](http://www.baua.de)

Aufgrund der sich verändernden Anforderungen in der Arbeitswelt stehen ja gerade Regulierung und Gestaltung der Arbeitszeit im Mittelpunkt politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Diskussionen. Datenbasis für den Report ist die Arbeitszeitbefragung 2015 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, für die etwa 20 000 Erwerbstätige in Deutschland, die mindestens zehn Stunden pro Woche in ihrer Haupterwerbstätigkeit arbeiten, zu Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen interviewt wurden.

In einem eigenen Kapitel geht der Report der Frage nach, inwieweit die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit von den Lebensumständen abhängt. Dabei zeigte sich, dass die Wunsch-arbeitszeit von vielen verschiedenen Faktoren abhängig ist – etwa dem Alter, der Partnerschaft, dem Familienstand und dem Gesundheitszustand. Ein weiterer Befund der Experten: Unter Teilzeitbeschäftigten steigen die tatsächlichen Wochenstunden mit den Jahren leicht an, gleichzeitig nimmt aber der Wunsch nach Erhöhung der Stundenzahl ab. Bei

den Vollzeitbeschäftigten sinkt die tatsächliche Wochenarbeitszeit ab 50 Jahren leicht, gleichzeitig wird der Wunsch stärker, weniger zu arbeiten. Die Autoren des Arbeitszeitreports verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass es Hinweise gibt, wonach der Verkürzungswunsch von Voll- und Teilzeitbeschäftigten mit gesundheitlichen Beschwerden verbunden ist.

## ► 32-Stunden-Woche für Ruheständler

Auch auf die Beschäftigung von Menschen, die älter als 65 Jahre sind, geht der Arbeitszeitreport in einem Exkurs ein. Sie stellen eine besondere Gruppe dar, die durch hohe Anteile an Selbstständigkeit, Teilzeittätigkeit und flexiblen Arbeitszeiten gekennzeichnet ist. In dem Exkurs heißt es: „In Deutschland gehen immer mehr Menschen im Ruhestandsalter einer Erwerbstätigkeit nach. Die Motive sind dabei vielfältig und reichen von finanziellen Gründen hin zur Freude an der Tätigkeit.“ Die meisten Personen, die im Ruhestandsalter noch erwerbstätig sind, sind männlich (69 Prozent), selbstständig bezie-

ungsweise in anderer Form nicht abhängig beschäftigt (61 Prozent) und arbeiten im Dienstleistungsbereich (55 Prozent). Ein Drittel der Erwerbstätigen im Ruhestandsalter ist solo-selbstständig, hat also keine Angestellten. Etwa jeder Zehnte geht sogar mehreren Erwerbstätigkeiten nach.

Im Schnitt knapp 32 Stunden in der Woche arbeiten Erwerbstätige im Ruhestandsalter. Über die Hälfte ist in Teilzeit tätig; mehr als ein Fünftel hat überlange Arbeitszeiten von mindestens 48 Stunden. Die Teilzeitbeschäftigten sind etwas zufriedener damit, wie ihr Arbeits- und ihr Privatleben zusammenpassen, aber auch bei den anderen ist die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance vergleichsweise hoch. Über 65-jährige Beschäftigte haben zumeist eine hohe Bildung – 60 Prozent von ihnen ein hohes und 35 Prozent ein mittleres Bildungsniveau. Sie schätzen ihren Gesundheitszustand im Mittel genauso gut ein wie die Erwerbstätigen im Alter bis 65. Interessant ist auch, wann die über 65-Jährigen arbeiten: der Großteil tagsüber zwischen 7 und 19 Uhr

## dbb bei Erstunterzeichnern: „Haltung zählt“

Der dbb gehört zu den Erstunterzeichnern des Manifests „Haltung zählt“, mit dem der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) an die Öffentlichkeit appelliert, sich aktiv gegen Hass, Aggression und Gewalt in der Gesellschaft zu wenden. Auf einer Pressekonferenz in München setzte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 29. November 2016 gemeinsam mit 58 prominenten Unterstützern seine Unterschrift unter das Manifest.

„Mit großer Besorgnis registrieren wir eine Zunahme von Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in unserer Gesellschaft“, sagte Dauderstädt. Dabei ver-schwimme die Grenze zwi-schen verbaler und physischer

Gewaltanwendung zusehends. „Umso wichtiger erscheint es auch uns, frühzeitig einer wei-teren Verrohung der Sprache entgegenzutreten“, so der dbb Chef mit Blick auf einen wes-entlichen Inhalt der Resolu-tion. „Wir unterstützen das



Manifest, weil Anstand, Ge-schmack und Gewissen schon in der Schule den sozialen, ästhetischen und moralischen Rahmen für das weitere Leben zu setzen pflegen.“

„Das Fundament unserer Demokratie wird durch Hass, Aggression und Gewalt unter-graben, egal, ob sich dies gegen

Andersdenkende, engagierte Mitbürger, Politiker, Minderhei-ten, Flüchtlinge oder das soge-nannte System richtet“, sagte die Präsidentin des BLLV, Simone Fleischmann. „Wer Respekt, Wertschätzung und Interesse für andere Menschen aufgibt, stellt die Grundlagen unserer Gesellschaft infrage und ge-fährdet den sozialen Frieden.“

dbb Jahrestagung 2017:

## Europa – Quo vadis?

Die 58. Jahrestagung des dbb am 9. und 10. Januar 2017 in Köln sorgte mit ihrem hochkarätig besetzten gewerkschaftspolitischen Auftakt und einem der Zukunft Europas gewidmeten Fachthema für einen Teilnehmerrekord. Im Superwahljahr 2017, das drei Landtagswahlen und die Bundestagswahl bringen wird, wurden den über 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften Informationen der obersten Kategorie geboten. Auch die Bundeskanzlerin war nach Köln gekommen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden „zu gering geschätzt von der Politik“ und „zu wenig respektiert von den Bürgern“. Das stellte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 9. Januar 2017 zur Eröffnung der 58. dbb Jahrestagung in Köln fest. Als Beleg seiner Aussage wählte Dauderstädt die öffentliche Kritik an den Sicherheitsbehörden, die nach dem Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 laut geworden war. Selbst in einem perfekten Überwachungssystem, das wiederum nicht der allgemeinen Vorstellung von einer liberalen Gesellschaft entspreche, werde sich ein Ausnahmefall wie dieser Terrorakt nicht vermeiden lassen. „Da ärgert es mich schon gewaltig, wenn man in den Medien dazu vor allem von ‚Überforderung‘ und ‚Versagen‘ hört“, sagte der dbb Chef.

### ■ Dauderstädt: Kritik an falschen Erwartungen

Dies sei Ausdruck einer unrealistischen Erwartungshaltung, die auch andere Bereiche des öffentlichen Dienstes betreffe. Die Beschäftigten sollten „möglichst stets erreichbar sein, nicht unbedingt sofort

entscheiden, aber doch bitte schnellstens und dann natürlich auch noch richtig, also fehlerlos selbst in Ermessensangelegenheiten“.



► Klaus Dauderstädt

Diese Einstellung zum öffentlichen Dienst sei auch ein Grund dafür, dass Gewalt gegen Beschäftigte geübt werde. Der Arbeitgeber Staat sei verpflichtet, diese nicht nur quantitativ und qualitativ zu erfassen und Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen. Er müsse den Beschäftigten auch konkrete Unterstützung anbieten: Das Bundesbeamtengesetz kenne bisher nur in bestimmten Fällen ein Antragsrecht für verletzte Beamte, nach denen der Dienstherr festgestellte An-

sprüche auf Schmerzensgeld auszahlt, wenn deren Durchsetzung nicht erfolgreich war. „Wie wäre es, wenn der Dienstherr diese Verpflichtung nicht nur in Fällen ‚unbilliger Härte‘ – wie es jetzt Bedingung ist – übernimmt, sondern generell?“, so Dauderstädts Denkanstoß.

Neben der gesellschaftlichen Rolle des öffentlichen Dienstes hob Dauderstädt viele Kernforderungen des dbb hervor, wie etwa die Angleichung der Bezahlung der Jobcenter-Beschäftigten, die Verbeamtung der Lehrkräfte in allen Bundesländern sowie die Verringerung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte. Dazu führte der dbb Chef aus, dass „die Bundesbeamten seit gut zehn Jahren eine um zwei Stunden längere Wochenarbeitszeit haben als ihre nach Tarifvertrag beschäftigten Kollegen“. Die Gründe dafür seien bei der Einführung zwar nachvollziehbar gewesen, dauerhaft dürfe die Regelung aber nicht bestehen bleiben. Schließlich habe man sich im Grundsatz darauf verständigt, Regelungen aus dem Rentenrecht und damit zur Lebensarbeitszeit auf den Beamtenbereich zu übertragen – gleich, ob es sich um Verschlechterungen oder Verbesserungen handelt.



In ihrem Grußwort zur Eröffnung der dbb Jahrestagung betonte die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, die Bedeutung der Städte für die europäische Einigung. Der urbane Raum sei nicht nur Motor des kulturellen und wirtschaftlichen Austausches, sondern auch Vorbild beim Zusammenleben von unterschiedlichsten Menschen auf engem Raum. Es sei im ureigensten Interesse der Bundesrepublik, diese Kraft zu nutzen. „Kein Land braucht um seiner selbst willen Europa so sehr wie Deutschland“, sagte Reker.

### ■ De Maizière: öffentlichen Dienst stärken

Bundesinnenminister Thomas de Maizière dankte den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für ihren Einsatz und hob dabei insbesondere die Kolleginnen und Kollegen hervor, die in den vergangenen Wochen „intensiv für die Sicherheit Deutschlands gearbeitet haben. Allen voran den Ermittlern aus Bund und Ländern, die mit Hochdruck die Aufklärung des Anschlags vom Dezember vorantreiben“. Er sei sich sicher, dass sich der öffentliche Dienst auch hier „als gute und wertvolle Einrichtung für unser Land“ beweisen werde.

Ein starker öffentlicher Dienst sei Voraussetzung für eine funktionierende Sicherheitsarchitektur in Deutschland. In diesem Zusammenhang gehöre

die Digitalisierung in den Verwaltungen, insbesondere bei den Sicherheitsbehörden, zu den zentralen Zukunftsaufgaben: „Wir werden beim Bundeskriminalamt die IT-Infrastruktur grundlegend modernisieren. Wir gehen weg von den Datentöpfen hin zu einem großen gemeinsamen polizeilichen Kerndatensystem mit einem datenschutzkonformen Zugriffssystem“, führte de Maizière aus. In den nächsten fünf Jahren sollen zudem fast alle Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen online angeboten werden: „Die Verwaltungsportale aller Behörden werden deshalb zu einem Verbund verknüpft.“



> Thomas de Maizière

Kritik an der Stellenpolitik des Bundes wies der Chef des Innenressorts zurück. Seit Beginn der Legislaturperiode sei der Personalhaushalt des Bundesinnenministeriums um rund 13 000 Stellen angewachsen, hauptsächlich für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Sicherheitsbehörden. Hinzu kämen fast 4 000 Stellen, die von 2018 bis 2020 ausgebracht werden sollen. „Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden für diejenigen Beschäftigten eine Entlastung sein, auf deren Schultern in den letzten Monaten oft mehr Aufgaben und Verantwortung lagen, als sie verkraften konnten“, sagte de Maizière. Angesichts dieser Entlastung seien Gewerkschaftsforderungen nach einer Absenkung der wö-

chentlichen Arbeitszeit für Beamte nicht nachvollziehbar.

Deutliche Worte kamen vom Bundesinnenminister zu sogenannten „Reichsbürgern“ im öffentlichen Dienst. De Maizière erinnerte an die besondere Treuepflicht eines Beamten: „Man kann nicht zugleich auf die Verfassung schwören und sie ablehnen. Es ist richtig und notwendig, dass Beamte, die sich der ‚Reichsbürger-Bewegung‘ anschließen, vom Dienst suspendiert oder entlassen werden.“

Mit Blick auf das Tagungsmotto „Europa – Quo vadis?“ stellte de Maizière klar, dass Europa ein „Lebensraum, Sicherheitsraum und Werteraum“ sei. Dabei stünden Offenheit, Sicherheit und Werte nicht in einem Alternativverhältnis zueinander. „Sie sichern sich gegenseitig, indem sie aufeinander bezogen sind. Es liegt in der Hand der Bürger, in welche Richtung und in welcher Gestalt sich Europa entwickelt“, so der Bundesinnenminister.

#### ▣ Kraft: Europa verdient mehr Leidenschaft

Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, plädierte für mehr Leidenschaft im Einsatz für ein einiges Europa: „Dieses Europa macht uns stark. Das müssen wir aktiv verteidigen.“ Auch im öffentlichen Dienst müsse die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Gelungene Beispiele, wie etwa die Kooperation von Polizei und Zoll in NRW und den Niederlanden, seien auszubauen. Kraft betonte, die Diskussion über Vorschläge, die zu mehr Sicherheit führen sollen, müsse „schnell, aber auch sorgfältig geführt werden“. In diesem Kontext sei zu begrüßen, dass sich die Einsicht, „dass wir einen starken und leistungsfähigen öffentlichen Dienst brauchen, durchgesetzt hat. Der schlanke Staat ist passé“, so Kraft.

Mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen Menschen im Einsatz für das Gemeinwohl konstatierte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin: „In unserer Gesellschaft ist etwas verrutscht.“ Deshalb habe NRW eine Bundesratsinitiative gestartet, die vorsieht, dass



> Hannelore Kraft

künftig jede Tat, die eine Gefährdung des Gemeinwohls darstellt, unter Strafe gestellt wird. Dies gelte auch für den Raum des Internets. „Auch hier muss gelten: null Toleranz.“ Die Landesregierung habe daher einen Netzkodex angeregt, für den derzeit Journalisten und Experten konkrete Vorschläge erarbeiten. Das Thema müsse aber auch stärker in die gesellschaftliche Debatte gebracht werden. Dafür habe NRW eine „Woche des Respekts“ ins Leben gerufen, die künftig regelmäßig stattfinden und die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren soll. Auf die erste Veranstaltung habe es 13 Millionen „ermutigende Reaktionen“ gegeben. Kraft dankte dem DBB NRW und der dbb jugend, die gleichfalls Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst zum Thema von Aktionen gemacht hatten. An Dienstherrn und Arbeitgeber appellierte Kraft, das Thema nicht unter den Teppich zu kehren. NRW werde bei Entschädigungen künftig in Vorleistung gehen, wenn Betroffene auf anderem Wege nicht zu ihrem Recht kämen, kündigte die Landeschefin an.

#### ▣ Münkler: Deutschlands große Verantwortung

Große Verantwortung für den Fortbestand der Europäischen Union attestierte der Publizist und Politologie Professor Herfried Münkler Deutschland. Er sagte in seinem Impulsvortrag „Ist Europa noch zu retten?“, den wachsenden Zentrifugalkräften, die die europäische Staatengemeinschaft zu zerreißern drohen, könne nur mit einer strategisch ausgerichteten Politik entgegengewirkt werden. „Deutschland wird diese stabilisierende Rolle über weite Strecken allein spielen müssen“, bekräftigte Münkler auch in dem sich anschließenden Podiumsgespräch mit der Journalistin Dunja Hayali.

Um einer weiteren Überdehnung der Staatengemeinschaft zu begegnen, müsse der Akzent der europäischen Politik von der Währungs- und Fiskalpolitik in Richtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verschoben werden. „Um die EU zu res-tabilisieren, muss sie zudem



> Herfried Münkler

erfahrbarer gemacht werden.“ Einen zusätzlichen Anreiz für die Reorganisation Europas sieht Münkler im Brexit: „Es gibt keinen Staat, der die Nettoeinzahlungen der Briten übernehmen könnte. Man wird andere Töpfe finden und dafür einen Masterplan entwerfen müssen.“

## ■ Merkel: Dank an den öffentlichen Dienst

Bundeskanzlerin Angela Merkel dankte den im öffentlichen Dienst Beschäftigten für ihren täglichen Einsatz voller Eigenverantwortung. „Fast jede Bürgerin und jeder Bürger hat mit Ihnen Kontakt. Sie geben dem Staat sozusagen ein Gesicht.“ Dafür müsse die Politik im Gegenzug Bedingungen schaffen, unter denen vernünftig gearbeitet werden könne.



➤ Angela Merkel

Auch wenn die Mehrheit der Bürger zufrieden sei mit diesen Leistungen, seien die im öffentlichen Dienst Tätigen zunehmend mit Hass, Ablehnung und Unverständnis konfrontiert. „Nicht nur die Bundesregierung, sondern die gesamte Gesellschaft muss dagegen aufstehen und sagen: Wir lassen das nicht zu, denn von der Arbeit dieser Menschen hängt unsere Lebensqualität ab“, sagte Merkel. Terrorismus sei derzeit nicht die einzige Herausforderung. „Aber die Politik muss sich der Anstrengung unterwerfen, richtige Antworten darauf zu finden. Wir müssen schnell und richtig handeln. Leiten muss uns, dass wir Sicherheit in Freiheit garantieren wollen.“ Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik fügte Merkel hinzu, jenen, die Anspruch darauf haben, müsse nicht nur ein Bleiberecht, sondern auch Integration ermöglicht werden. Wer aber nach rechtsstaatlichem Verfahren keinen Aufent-

haltsstatus bekomme, müsse Deutschland wieder verlassen. Auch hier gebe es Verbesserungsbedarf. „Diese Aufgabe müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam lösen.“

## ■ Lambsdorff: Zusammenarbeit verbessern

Um Lösungen für die verschiedenen Krisen in Teilen des europäischen Kontinents muss nach Auffassung von Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, sachlich gestritten werden. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Antworten, und die Europäische Union ist in der Lage, diese zu geben“, sagte Lambsdorff am zweiten Tag der dbb Jahrestagung. Der Vizeparlamentspräsident verwies unter anderem auf die Türkei, die als EU-Beitrittskandidat „auf dem Weg in die Diktatur“ sei: „Ich sehe keine Möglichkeit für die Aufnahme der Türkei in den nächsten Jahren.“



➤ Alexander Graf Lambsdorff

Die strategische Umgebung Europas im Osten, Südosten und Süden ändere sich weiter und stelle die EU vor neue Herausforderungen. So werde seit Jahren eine „echte sicherheits-

politische Debatte“ gefordert, aber nicht erreicht, kritisierte Lambsdorff. Eine echte europäische Grenzsicherung finde nicht statt, auch nicht durch Frontex. Ein ähnliches Problem sehe er bei der Terrorismusbekämpfung, so Lambsdorff weiter. „Was tun wir denn europäisch? Ein bisschen Datenaustausch, ein bisschen Zusammenarbeit – aber wir haben keine europäische Polizeibehörde, die effektiv zusammenarbeitet. Sowohl bei Frontex als auch bei Europol gäbe es Möglichkeiten der verbesserten Zusammenarbeit.“

## ■ Podiumsdiskussion: Europa besser erklären

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion machte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments noch einmal klar, was für ihn Priorität in der derzeitigen Situation hat: „Am wichtigsten ist es, das Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Politik zu gewinnen. Die Debatten gehen leider viel zu oft an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.“

Diese Einschätzung teilte der Fernsehjournalist und ehemalige Leiter des vom WDR verantworteten ARD-Studios in Brüssel, Rolf-Dieter Krause. Er nannte als einen wesentlichen Grund für die EU-Legitimationskrise, dass Europa „auch eine Geschichte gebrochener Versprechen“ sei. So habe man etwa den Bürgern bei der Euroeinführung erzählt, niemand werde für die Schulden anderer Länder einstehen, tatsächlich aber sei dann – Beispiel Griechenland – genau das Gegenteil eingetreten. Krauses Rat für den Weg aus der EU-Ver-

drossenheit: „Den Menschen erklären, warum Europa ein Friedensprojekt ist und auch sein muss. Erklären, dass wirtschaftliche Prosperität kein Zufall, sondern Teil dieses Friedensprojekts ist. Den Wert des Kompromisses herausarbeiten.“

Die Bedeutung moderner Kommunikationsmittel in diesem Prozess stellte der Juraprofessor und CDU-Bundestagsabgeordnete Heribert Hirte heraus. „Wir sollten die Möglichkeiten der modernen Kommunikation nicht länger den politischen Randgruppierungen überlassen“, forderte Hirte. Die Reaktionsfähigkeit der Politik müsse sich dringend ändern. „Zudem brauchen wir deutlich mehr Kommunikation pro Europa“, zeigte sich Hirte, der ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ist, überzeugt.

Aus Sicht von Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, ist 2016 „in Europa schiefgegangen, was schiefgehen konnte“. Dennoch, so Kühnel, sehe er keine Notwendigkeit für einen radikalen Schnitt für Europa: „Wir müssen uns aus dieser Krise herausarbeiten.“

In seinem Schlusswort zog der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt ein positives Fazit der Tagung: „Wir haben einen spannenden Blick auf Europa werfen dürfen.“ Diese Diskussion müsse fortgesetzt werden. Der dbb werde auf nationaler und europäischer Ebene dafür arbeiten, eine vernünftige Interessenpolitik für seine Mitglieder durchzusetzen. ■



➤ Richard Kühnel, Rolf-Dieter Krause, Heribert Hirte und Alexander Graf Lambsdorff (von links) brachten ihre Gedanken und Einschätzungen zur Zukunft Europas in die von Dunja Hayali moderierte Podiumsdiskussion ein.





# Sozialwahl



## 2017 Für Rente & Gesundheit

### Sozialwahlen - wir sind dabei!

Zahlreiche Versicherte und Rentner fühlen sich in den Fachgewerkschaften und Verbänden unter dem Dach des dbb gut vertreten. Damit ihre Interessen auch in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger mit Nachdruck geltend gemacht werden, tritt der dbb bei der kommenden Sozialwahl im Mai 2017 wieder mit eigenen Kandidaten an. Das dbb magazin wird bis zum Wahltermin in loser Folge Bewerber vorstellen, die mit eigenen Worten über die Beweggründe für ihre Kandidatur Auskunft geben.

Vorgestellt:

### Thomas Zeth

aus Pleinfeld, Jahrgang 1970, ist seit 2011 Versichertenvertreter bei der Unfallversicherung Bund und Bahn (UVB)



© Jan Brenner

“ Ich kandidiere bei der Selbstverwaltung, weil ich die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrnehmen und das Thema Selbstverwaltung für die Menschen in den Dienststellen durch meine Tätigkeit im Hauptpersonalrat und der Gewerkschaft greifbar machen möchte.

Ich bin in der Vertreterversammlung der Unfallversicherung Bund und Bahn (UVB) als Mitglied im Satzungs- und Gefahrarifausschuss tätig. Für mich ist wichtig, dass die Menschen die Unfallversicherung Bund und Bahn (UVB) als „ihre“ Versicherung wahrnehmen, die sich um Prävention am Arbeitsplatz kümmert und den Versicherten im Falle eines Arbeits- oder Wegeunfalls zur Seite steht.

Durch die gute Zusammenarbeit mit den sachkundigen Funktionsträgern und Beschäftigten der UVB gelingt es, viele Anfragen von Versicherten, Personalräten und Gewerkschaften zu beantworten oder zusammenzuführen.



Existenzsicherung:

# Das Wesentliche geschützt

Skiunfall, Sturz von der Leiter, Rheuma oder Krebs: Unfälle oder schwere Krankheiten treffen Menschen häufig ganz unvermittelt – und gefährden nicht selten die Existenz. Die gesetzliche Absicherung bietet nur einen eingeschränkten Schutz. Das dbb vorsorgewerk rät, frühzeitig eine Dienstbeziehungswise Berufsunfähigkeitsversicherung abzuschließen. Als Basisschutz wird eine Existenzschutzversicherung oder zumindest eine private Unfallversicherung empfohlen.



© VadimGuzhva / Fotolia

Lukas Reinhard arbeitet gerne als Straßenwärter in der Straßenmeisterei seiner Gemeinde. Für seinen Beruf braucht der 42-Jährige einen gesunden Körper – seinen Arm kann er seit einiger Zeit aber nicht mehr belasten. Bei seinem Arzt erhält er eine schockierende Diagnose: Lukas Reinhard leidet an einer schweren Arthrose und wird seinen Beruf nicht weiter ausüben können.

Nur ein Beispiel, das aber stellvertretend für eine Vielzahl an realen Fällen steht. Pro Jahr scheiden rund 200 000 Erwerbstätige vorzeitig aus dem Berufsleben aus. Die häufigsten Ursachen sind Nervenkrankheiten sowie Erkrankungen des Skelett- und Bewegungsapparats.

## ■ Gesetzlicher Schutz reicht nicht

Berufsunfähigkeit kann die Existenz gefährden, da die gesetzlichen Leistungen nicht ausreichen, um davon anständig leben zu können.

„Sie kann jeden treffen. Gerade deshalb ist es wichtig, sich frühzeitig mit dem Thema zu beschäftigen“, sagt Alexander Schrader, Geschäftsführer des dbb vorsorgewerk. „Eine private Vorsorge schließt die Versorgungslücke der staatlichen

Leistung und sichert somit die Existenz umfassend ab.“

## ■ Der passende Existenzschutz

Mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung lässt sich die eigene Arbeitskraft umfassend absichern. Da diese jedoch von dem jeweils ausgeübten Beruf abhängig ist, spielt der Beitrag für einen Versicherungsschutz gerade für jüngere Personen eine große Rolle. Mit der Existenzschutzversicherung gibt es eine günstigere Alternative. Diese sichert umfassend gegen die finanziellen Folgen von Invalidität durch schwere Krankheit, Unfall, Verlust von Grundfähigkeiten und Pflegebedürftigkeit ab. Die berufliche Tätigkeit ist hierbei ohne Bedeutung.

Weiterer Vorteil: Lagen bei Vertragsabschluss keine gesundheitlichen Einschränkungen vor, erhält die versicherte Person eine Option auf eine ergänzende Berufsbeziehungswise Dienstunfähigkeitsversicherung.

Die Existenzschutzversicherung der DBV, langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, bietet einen flexiblen und günstigen Schutz – genau auf die jeweiligen Anforderungen zugeschnitten. Bei Abschluss über das dbb vorsorgewerk pro-

fitieren dbb Mitglieder und ihre Angehörigen von einem Beitragsnachlass von drei Prozent. Bis zu 5,5 Prozent Beitragsvorteil kann sich bei Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung gesichert werden.

## ■ Unfälle passieren häufig in der Freizeit

Neben schweren Krankheiten können auch Unfälle eine Dienstbeziehungswise Berufsunfähigkeit verursachen. Unfälle bergen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst grundsätzlich eine Gefahr. Denn sie sind durch die Unfallfürsorge nur teilweise geschützt. In ihrer Freizeit – wenn die meisten Unfälle passieren – haben sie keinen Versicherungsschutz.

Das musste auch Max Schmidt erleben. Der 25-Jährige ist überzeugter Berufsfeuerwehrmann, privat ein leidenschaftlicher Skifahrer. Doch bei einer Abfahrt in den Alpen passierte das Unglück: Er stürzte und verletzte sich schwer.

Unfälle können jeden treffen – auch in der Freizeit. Laut Auswertungsstelle für Skiunfälle (ASU) verletzen sich in der Saison 2015/16 mehr als 40 000 deutsche Skifahrer. Über 7 000 mussten stationär behandelt werden.

## ■ Unfallversicherung als Basisschutz

Mit der Unfallversicherung der DBV über das dbb vorsorgewerk sind Beschäftigte im öffentlichen Dienst vor den finanziellen Folgen durch Unfälle umfassend abgesichert – beim täglichen Dienst, bei Dienstreisen und in der Freizeit.

Drei unterschiedliche Tarife bieten die Möglichkeit, zwischen Basis-Schutz, optimalem Preis-Leistungs-Verhältnis und Top-Schutz zu wählen. Der Tarif „komfort“ bietet zum Beispiel für einen Monatsbeitrag von 9,66 Euro (Gefahrengruppe A) und einem Eintrittsalter von 28 Jahren eine Invaliditätsgrundsumme von 80 000 Euro und eine Leistung bei Vollinvalidität von 280 000 Euro. Der Beitragsnachlass für dbb Mitglieder und ihre Angehörigen von drei Prozent wurde hierbei bereits berücksichtigt. sz

Lassen Sie sich von den Kollegen des dbb vorsorgewerk beraten: Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr unter 030.4081-6444. Gerne wird Ihnen auch eine fachmännische Beratung vor Ort vermittelt. Weitere Informationen unter [www.dbb-vorteilswelt.de](http://www.dbb-vorteilswelt.de)



## Der Fall des Monats

# Rückzahlung von Ausbildungskosten: Keine Rückzahlungspflicht bei unklaren Formulierungen

Das dbb Dienstleistungszentrum Ost hat erfolgreich ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht Eberswalde geführt. Im Streit stand die Verpflichtung eines von uns vertretenen Arbeitnehmers, der in der Zeit vom 1. September 2009 bis 30. Oktober 2012 einen Bachelorstudien-gang absolviert hat. Hierzu schlossen Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Vereinbarung, die den Arbeitnehmer verpflichten sollte, nach dem Studium ein Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber einzugehen. Zugleich vereinbarten die Parteien eine Rückzahlungsklausel. Die Rück-

zahlung sollte erfolgen, wenn der Arbeitnehmer den Arbeitgeber vor Ablauf von fünf Jahren nach Aufnahme des Arbeitsverhältnisses verlässt. Der Arbeitnehmer sollte dem Arbeitgeber für jeden vollen Kalendermonat der vorzeitigen Beendigung ein Sechzigstel der Kosten des Studienverhältnisses erstatten. Der Arbeitnehmer kündigte das Arbeitsverhältnis 35 Monate nach Abschluss des Arbeitsvertrages, was den Arbeitgeber veranlassete, fünfundzwanzig Sechzigstel der Studienkosten vom Arbeitgeber arbeitsgerichtlich geltend zu machen.



Zu Unrecht, sagt das Arbeitsgericht Eberswalde mit rechtskräftigem Urteil vom 22. September 2016 (Az.: 1 Ca 372/16). Die vereinbarte Rückzahlungsklausel sei unwirksam: Sie überlasse dem Arbeitgeber als Verwender der Vertragsklausel bei der Beurteilung der tatbestandlichen Voraussetzung und ihrer Rechtsfolgen ungerichtfertigte Beurteilungsspielräume. Eine Rückzahlungsklausel müsse zumindest Art und Berechnungsgrundlagen enthalten. Es hätte einer genauen und abschließenden Bezeichnung der einzelnen Positionen (Lehrgangsgebühren, Fahrt-, Unterbringungs-, Ver-

pflungskosten) der Rückzahlungselemente bedurft. Sofern der Arbeitgeber klageweise die Rückzahlung anteiliger Unterrichtsgebühren einschließlich Prüfungsgebühren in Höhe von fast 20 000 Euro geltend machte, konnten der Studienrückzahlungsvereinbarung keine Parameter entnommen werden, aus denen sich die Gesamtheit der Rückforderung zusammensetzte. *ak*

### > Info

Der dbb gewährt den Einzelmitgliedern seiner Mitglieds-gewerkschaften berufsbezogenen Rechtsschutz.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble:

# Wir verbessern das Bund-Länder-Verhältnis strukturell

dbb magazin

**Bereits ab 2018 sollen die Ostrenten in sieben Schritten angehoben werden, um Westniveau zu erreichen. Welche Gegenfinanzierung hat die Bundesregierung vorgesehen? Gefährdet das Projekt mittelfristig die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt?**

**Wolfgang Schäuble**

Ich bin froh, dass uns die Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland gelungen ist. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Vollen- dung der deutschen Einheit. Selbstverständlich haben wir auch bei diesem Vorhaben für eine ausgewogene Finanzierung gesorgt, die die Inter- esen von Steuerzahlern und Bei- tragszahlern gleichermaßen berücksichtigt.

Die Rentenversicherung ist ak- tuell finanziell gut aufgestellt und kann in den ersten Jahren die zusätzlichen Kosten der An- gleichung selbst übernehmen. Ab dem Jahr 2022 wird der Bundeshaushalt einen Zu- schuss leisten. Dieser wird schrittweise von zunächst 200 Millionen Euro bis auf jährlich zwei Milliarden Euro ab dem Jahr 2025 erhöht. Er beträgt dann rund die Hälfte der jähr- lichen Mehrausgaben.

Die Vereinheitlichung der Ren- ten ist also solide finanziert. Nach den Berechnungen des Rentenversicherungsberichts bleibt der Beitragssatz bis zum Jahr 2021 stabil bei 18,7 Pro- zent und auch die Beitragssatz- grenze von 22 Prozent bis zum Jahr 2030 wird eingehalten.

**Die Neuordnung des Länderfi- nanzausgleichs wird den Bund viele Milliarden zusätzlich kos-**



> Wolfgang Schäuble

**ten. Die Länder scheinen sehr zufrieden zu sein. War der sonst für Sparsamkeit bekannte Bundesfinanzminister hier zu großzügig?**

Nein. Sie müssen sehen, dass wir lange und schwierige Ver- handlungen hatten. Die Inte- ressenlage war sehr unter- schiedlich, insofern ist die Einigung ein großer Erfolg. Wir haben damit nicht nur die finanziellen Weichen für unseren Föderalismus neu gestellt, sondern auch die Zusammenarbeit von Bund und Ländern modernisiert.

Es ist vertretbar, wenn die Län- der ab 2020 mit rund 9,7 Milli- arden Euro entlastet werden. Gleichzeitig verbessern wir das Bund-Länder-Verhältnis struk- turell, indem der Bund mehr

Kompetenzen erhält. Das gilt etwa für die Steuerverwaltung und bei den Einwirkungsrech- ten für Finanzhilfen an die Län- der. Außerdem bekommt der Bund die vollständige Verant- wortung über die Bundesauto- bahnen. Bisher liegt ja die Ver- waltung der Autobahnen bei den Ländern, was zu großer In- effizienz führt und durch den Bundesrechnungshof mehr- fach kritisiert wurde. Und wir werden finanzschwache Gemeinden im Bereich der Schulinfrastruktur finanziell unterstützen können. So kön- nen Schulgebäude, Klassen- zimmer und Turnhallen endlich saniert werden. All das kann sich sehen lassen.

**Herr Minister, der Bund ist für den Erlass von Steuergesetzen zuständig, während die Finanz-**

**ämter der Länder diese ausfüh- ren. Und Europa redet zum Bei- spiel bei der Umsatzsteuer ein gewichtiges Wort mit. Wie be- urteilen Sie diese seit Jahrzehn- ten bestehende Aufgabenteil- lung? Was müsste aus Ihrer Sicht geändert werden?**

Die Zuständigkeit der Länder für die Steuerverwaltung ist im Grundgesetz festgeschrie- ben. Über eine Bundessteuer- verwaltung können Sie mit den Ländern nicht verhandeln. Aber wir können in Einzel- fragen die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern Schritt für Schritt verbessern. Daher ist es erfreulich, dass es nach einem mühsamen Ringen in den Verhandlungen gelungen ist, dem Bund zu- sätzliche Kompetenzen in der Steuerverwaltung zu

übertragen, insbesondere im Bereich der Informationstechnik. Das wird künftig die Einigung in Steuerfragen zwischen Bund und Ländern wesentlich vereinfachen und beschleunigen.

Was die Verhandlungen zu Steuerthemen auf internationaler Ebene und in Brüssel betrifft: Es wäre ein Irrglaube zu meinen, einzelne Staaten könnten mit isolierten Maßnahmen erfolgreich sein. Steuererschließung können nur wirksam geschlossen werden, wenn wir uns mit unseren Partnern auf gemeinsame Grundsätze einigen. Ein Paradebeispiel sind die auf unsere Initiative erreichten Empfehlungen der G20-Staaten und der OECD gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung internationaler Konzerne. Schon bald werden fast einhundert beteiligte Staaten diese implementiert haben. Zusammen mit dem verbesserten Informationsaustausch werden damit Steuerumgehungspraktiken deutlich erschwert.

**Die Auseinandersetzung um die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen scheint auch zum Kampf um die Grundzüge des Föderalismus zu werden. In IT-Fragen oder beim Thema Fernstraßen bewegen sich die Beteiligten wieder hin zu mehr Einheitlichkeit. Wo brauchen wir mehr Föderalismus und wo weniger?**

Ich habe es vorhin bereits erwähnt: Die Verhandlungen mit den Ländern sind manchmal nicht einfach. Dennoch bin ich überzeugt, dass die föderale Ordnung auch angesichts von Globalisierung, schnellem Wandel und Verunsicherung jeder zentralistischen Ordnung überlegen ist. Aber sie muss sich auch durch schnelle Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit bewähren. Dazu braucht es die richtigen Anreizsysteme, gerade weil wir in Deutschland keine wettbe-

werblichen, sondern einen kooperativen Föderalismus haben. Wenn es uns gelingt, in noch mehr Bereichen die Entscheidungs- und Finanzierungszuständigkeit weiter zusammenzuführen, sind wir auf einem guten Weg. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Länder und Kommunen in der Sozialpolitik weitergehende Kompetenzen erhalten. Sie kennen die Lebensverhältnisse vor Ort am besten und sollten daher auch gewisse Spielräume bei der Festsetzung von Sozialleistungen erhalten. Leider war dies in den Verhandlungen mit den Ländern bis zuletzt nicht verhandelbar.

**Der Bund wird über eine neue Infrastrukturgesellschaft die Verantwortung für die Fernstraßen von den Ländern übernehmen. Wie stehen Sie zur Beteiligung von privaten Investoren – auch auf der Ebene von (Teil-)Projekten – an der Gesellschaft beziehungsweise deren Arbeit?**

Der Bund wird die alleinige Verantwortung für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung und Finanzierung von Bundesautobahnen übernehmen. Damit entflechten wir die bislang bestehenden Landes- und Bundeszuständigkeiten. Projekte werden so schneller und flexibler realisierbar.

Nach der gefundenen Vereinbarung kann sich der Bund zur Erledigung dieser Aufgabe einer Gesellschaft privaten Rechts bedienen. Die Autobahnen und Fernstraßen sowie die Gesellschaft bleiben im unveräußerlichen Eigentum des Bundes. Eine Beteiligung privater Investoren an der Gesellschaft, auch über Tochtergesellschaften, ist nicht vorgesehen. Aber natürlich wird die Gesellschaft – so wie wir es ja bereits jetzt schon tun – offen sein für Finanzierungen nach dem ÖPP-Ansatz, also für öffentlich-private Partnerschaften. Alles andere wäre ja ein Rückschritt.

**Im Zusammenhang mit Plänen zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr und eines Fernstraßen-Bundesamtes gibt es keine Planungssicherheit für die Beschäftigten. Die Überleitung des Personals ist problematisch. Wie soll sichergestellt werden, dass es zu keinen unzumutbaren Verschlechterungen der Beschäftigungsbedingungen kommt?**

Bei den Verhandlungen am 8. Dezember 2016 haben sich die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auf umfassende Garantien für die betroffenen Beschäftigten geeinigt. Insbesondere wird es keine Versetzungen gegen den Willen der Beschäftigten geben. Zudem wird der Bund alle vom Übergang betroffenen wechselbereiten Beschäftigten unter Wahrung ihrer Besitzstände übernehmen. Er wird auch die von der Neuregelung betroffenen und nicht wechselbereiten Beschäftigten im Rahmen der bestehenden dienst-, arbeits- und tarifrechtlichen Bedingungen weiterbeschäftigen. Dies erfolgt grundsätzlich am bisherigen Arbeitsplatz und Arbeitsort.

**Personalvertretungen, Berufsverbände und Gewerkschaften werden selbstverständlich in den Übergangsprozess eingebunden sein.**

**Sie haben mit den Ländern vereinbart, dass Onlineanwendungen der öffentlichen Verwaltung für alle Bürger über ein vom Bund errichtetes zentrales Bürgerportal erreichbar gemacht werden, über das auch die Länder ihre Online-dienstleistungen bereitstellen. Wie genau soll das aussehen und welche Folgen wird das für die Beschäftigten haben?**

Mit der Einrichtung eines verbindlichen, bundesweiten Portalverbundes machen wir einen großen Schritt in der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Alle Nutzer – sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen – werden künftig Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen online in Anspruch nehmen können. Für die Verwaltungen wird sich damit der administrative Vollzugsaufwand verringern. Das heißt, wir kommen weg von einfachen Routinearbeiten, was die ohnehin knappe Personaldecke in vielen Verwaltungsbereichen entlasten wird. Entsprechendes haben wir übrigens mit dem Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens bereits für die Steuerverwaltung auf den Weg gebracht. Auch hier werden die Beschäftigten künftig mehr Zeit für zielgerichtete Prüfungen haben, um Verstöße noch besser aufdecken zu können. ■

#### > Wolfgang Schäuble ...



... Jahrgang 1942, ist seit 2009 Bundesminister der Finanzen. 1984 bis 1989 war der CDU-Politiker Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes sowie von 1989 bis 1991 und von 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern. Der promovierte Jurist gehört seit 1972 dem Deutschen Bundestag an und gilt somit als dienstältester Abgeordneter in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die EU in zentrifugalen Zeiten:

# Europas Erbe ist bedroht

2017 ist ein Feierjahr, zumindest für Deutschland. Das Land würdigt den 500. Jahrestag der Reformation mit einem eigenen Feiertag. Religion erlebt eine überraschende Rückkehr als politische Kategorie. Nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Islam. Das evangelische Pfarrhaus dominiert die deutsche Politik (Merkel, Gauck, Göring-Eckhardt – und ja, auch Petry). Die Los-vom-Zentrum-Euphorie ist kein Zufall in neo-nationalstaatlichen Zeiten. Auch außerhalb der Europäischen Union erlebt der Nationalstaat eine Wiederentdeckung.

42

die andere meinung

Russlands Staatschef Wladimir Putin setzt die Macht des Stärkeren gegen die zivilisierende Kraft des Völkerrechts, in der Türkei setzt Recep Tayyip Erdogan auf Autokratie an der Stelle von Debatte und Parlamentarismus, und in den USA setzt Donald Trump auf Zölle und Abschottung gegen die internationale Verflechtung der Globalisierung. Die Welt erlebt eine Phase der Desintegration. Nicht einfach für die EU in zentrifugalen Zeiten. Der Brexit ist da nur ein Beispiel.

Im März stellt Großbritannien seinen Abschiedsantrag, erstmals verlässt ein Land die EU. Weicher Brexit (das Vereinigte Königreich bleibt im Binnenmarkt)? Harter Brexit (Großbritannien kehrt Europa vollständig den Rücken)? Noch ist unklar, wie sich die Trennung vollzieht. Sicher scheint nur, die Scheidung wird schmutzig.

Die ersten Konturen Resteuropas werden sichtbar. Los von Brüssel, heißt die Devise. Kleineuropa ruht auf dem souveränen Nationalstaat. Insofern passt die aktuelle Rückbesinnung auf den zwiespältigen

Luther. „Dem ersten Weltbürger“ (Spiegel) und zugleich dem Begründer der Einheit von Thron und Altar, Gehorsam und des Territorialstaats. Wo es nach 1945 unter dem Stichwort Frieden, um dessen Einhegung – zeitweise gar Überwindung – es ging, dreht es sich nun um Sicherheit. Sie ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich das disparate Europa einigen kann. Innere Sicherheit (Antiterrorkampf), damit können nach den jüngsten Anschlägen Frankreich und Deutschland leben. Die äußere Sicherheit dient Osteuropas Interessen.

Sicherheit ist zentral. Nicht ohne Grund steht sie bei Thomas Hobbes am Beginn der Begründung des neuzeitlichen Staates. Ob sie zur Begründung des Kleinen Europas reicht, ist fraglich. Zu tief sind die Gräben – gerade in der EU der 27. Eine Ost-West-Lücke klappt entlang der Flüchtlingspolitik, in der Wirtschaftspolitik spaltet sich Europa rund um die Debatte um Etatdisziplin entlang einer Nord-Süd-Verwerfungslinie. Und der Norden rund um den protestantischen Halbmond

Niederlande, Dänemark, Schweden ist gänzlich heimatlos. Dazwischen sitzt der Klopps: Deutschland. Zu groß (und in der Flüchtlingspolitik befangen), um ehrlich zu makeln. Zu klein, um ohne Frankreich zu gestalten. Kleineuropa sucht noch nach seiner neuen Konstitution.

Und nach einer neuen inneren Begründung. Niedrige Mobilfunktarife im EU-Ausland, Breitband für alle, weniger Regulierungswut. Europa soll funktionieren, lautet der neue Grundsatz. Europa soll im Alltag funktionieren. Große integrative Projekte? Fehlanzeige! Die EU-Zentrale gibt sich bescheiden. Großbritannien geht und erhält das Europa, das es sich immer wünschte. Eine sich selbst beschränkende Europäische Union. Eine ironische Laune der Geschichte.

Dabei hätte die EU eine wichtige Aufgabe in der neuen Ära der Desintegration. Europa als Hort liberaldemokratischer Werte. Das ist nicht wenig in einer Welt, in der mit Putin, Erdogan und Trump eine neue Koalition der Billigen aufzieht.

Und mit ihnen ein alter Konflikt: Carl Schmitts Freund-Feind-Denken gegen die liberale Ordnung von Diskurs und Kooperation. Europas Antwort liegt in seiner reichhaltigen Geschichte und den vielfältigen Erfahrungen zwischen Nord und Süd sowie Ost und West. Der Kraft des Rechts – beginnend im antiken Rom, dem Überführen eines Sozialstaats ins digitale Zeitalter – beginnend mit dem Anspruch der Gleichheit in der Französischen Revolution und dem Bewahren der liberalen Freiheitsrechte – beginnend mit dem Streben des europäischen Bürgertums von Luther, über die europäische Aufklärung bis hin zu den Revolutionen von 1848 und 1989. Europa als liberaldemokratischer Gegenentwurf in einer antiliberalen Welt. Es geht um Europas Erbe. Und um ein neues Fundament für die EU.

Peter Riesbeck

## > Der Autor ...

... Jahrgang 1968, ist EU-Korrespondent der Berliner Zeitung in Brüssel.



Nachgefragt bei ...

... John C. Kornblum, Botschafter der USA in Deutschland a. D.:

## „Europa isoliert sich gefährlich stark von der Welt“

**Ist Trump ein Weckruf für Europa?**

**Kornblum:** Der Weckruf kommt regelmäßig seit zwanzig Jahren. Auch von mir persönlich. Ich kann Ihnen Artikel zeigen, die ich geschrieben habe. Ich glaube, die Europäer sind nicht aufzuwecken.

**Also handelt es sich nicht um einen Fehltritt Trumps, dass er die Beistandsverpflichtung nach Art. 5 des NATO-Vertrages relativiert hat?**

**Kornblum:** Das hat er nicht. Er hat nur gefragt, warum die Freunde in den Vereinigten Staaten kleine Staaten ohne deren Dazutun verteidigen sollen. Nachher hat er die Beistandspflicht bekräftigt. Das bleibt alles, aber das hat überhaupt nichts mit europäischer Verteidigung und einer Verteidigungspartnerschaft mit Europa zu tun. Das sind zwei verschiedene Sachen, und wenn die Russen angreifen würden, wären die Amerikaner bestimmt aktiv. Aber die Russen werden nicht angreifen. Die Frage lautet: Haben wir eine gemeinsame Sicherheitsstrategie? Die Antwort ist nein.

**Sehen Sie denn Chancen, dass die Europäer das schnell ändern?**

**Kornblum:** Nein, ich sehe keine Chancen, dass sie es überhaupt ändern. Weil Europa sich in einer längerfristigen Phase der Selbstbesinnung, der Selbstfindung befindet, und Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind nicht Teil dieser Selbstfindung. Es geht viel tiefer, hin zum Wesen von Europa. Europa isoliert sich stark, und ich meine gefährlich stark, von der Welt.



> John C. Kornblum war von 1997 bis 2001 Botschafter der USA in Deutschland. Der studierte Germanist und Politologe mit ostpreußischen Wurzeln kam 1943 in Detroit zur Welt. Er war bereits in den 1960er-Jahren am Generalkonsulat der USA in Hamburg und nach 1969 an der US-Botschaft in Bonn tätig. Kornblum leitete unter anderem die Abteilung für zentraleuropäische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, arbeitete von 1987 bis 1991 bei der NATO und vertrat sein Heimatland von 1991 bis 1994 als Botschafter bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Als Stellvertreter des Bosnienbeauftragten Richard Holbrooke wird auch ihm erheblicher Anteil an der Beendigung des Bosnienkrieges zugeschrieben. Seit seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst 2001 ist Kornblum als Berater tätig.

**Sie drehen den Spieß um. Es ist nicht ein neuer Präsident, der Amerika in einen Isolationismus führt, sondern Europa ist isolationistisch?**

**Kornblum:** Europa ist seit 25 Jahren isolationistisch, und das hat mehrere amerikanische Präsidenten frustriert. Ich bin kein Trump-Anhänger, und Trump ist sehr extrem. Aber er gibt nur wieder, was die überwiegende Mehrzahl der an solchen Fragen interessierten Amerikaner, die überhaupt eine Meinung dazu haben, seit Jahren sagt. Das steht alles öffentlich in der Presse: Europa hat sich aus der Verantwortung verabschiedet und sich von Amerika, aber auch von der Welt isoliert.

**In Bratislava hat es einen Beschluss der EU 27 gegeben, die**

**Verteidigungspolitik stärker zusammenzuführen. Wie bewerten Sie, was dort beschlossen wurde?**

**Kornblum:** Nichts passiert. Das ist wahrscheinlich die 20. oder 25. Entscheidung. Sie wird nichts bedeuten.

**Welche amerikanischen Kräfte werden dafür arbeiten, dass die USA eng mit Europa verbunden bleiben? Welche dagegen?**

**Kornblum:** Amerika bleibt Europa auch mit Trump verbunden. Aber die Konditionen werden andere sein. Europa ist Teil von einem transatlantischen System. Aber seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Bedeutung von Europa für uns immer weiter runtergegangen. Seine Bedeutung in diesem transatlantischen System wird

mit jedem Jahr weniger. Da ist es die Aufgabe von Europa, sich jetzt nicht von Amerika zu trennen, nicht unabhängige Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, nicht unabhängige Computerserver zu haben, sondern einen höheren Stellenwert für die Vereinigten Staaten zu gewinnen.

**Was halten Sie in diesem Zusammenhang von der Idee gemeinsamer europäischer Streitkräfte, einer Verteidigungsunion?**

**Kornblum:** Die Idee wurde 1954 von der französischen Assemblée abgelehnt, und seitdem ist sie tot. Tot ist tot.

**Können Sie sagen, warum es keine Chance gibt?**

**Kornblum:** Die Europäer haben nicht den politischen Willen, haben nicht die Zusammenarbeit, haben nicht die strategischen Ziele, um eine gemeinsame Armee aufzubauen. Sie lieben es, dass sie ihre unabhängigen Armeen haben. Es gibt seit Jahrzehnten gemeinsame Einheiten, die deutsch-französische, die deutsch-niederländische. Die sind vielleicht interessant, haben aber nicht dazu geführt, dass es mehr Integration gibt. Und der Hauptpunkt ist hier: Die Verteidigungsstruktur für die westliche Welt ist die NATO. Alles, was die Europäer tun, um ein getrenntes Verteidigungssystem zu errichten, schadet der NATO und erweitert den Graben zu den Vereinigten Staaten.

*Die Fragen stellte Christian Moos.*

Das vollständige Interview online in den dbb europathemen: <http://www.dbb.de/presse/mediathek/magazine/europathemen.html>



## 10. Nationaler IT-Gipfel:

## Föderaler Digitalismus

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat am 16. November 2016 in Saarbrücken den 10. Nationalen IT-Gipfel der Bundesregierung eröffnet. Mit einem Großaufgebot an Ministerkollegen und IT-Managern will er der Digitalisierung der Bundesrepublik in Wirtschaft und Verwaltung auf die Sprünge helfen. Unter anderem soll ein einheitliches Onlineportal für die gesamte Verwaltung von Bund und Ländern entstehen.

46

online

Unter dem Motto „Lernen und Handeln in der digitalen Welt“ haben hochrangige Mitglieder des umfangreichen Gipfelnetzwerks in Saarbrücken zentrale Herausforderungen der Digitalisierung für Wirtschaft und Beschäftigung, neueste Entwicklungen bei digitalen Netzen, Mobilität, digitalem Staat und IT-Sicherheit diskutiert. Zwar war digitale Bildung ein Schwerpunkt des Gipfels. Auf einem Panel ging es jedoch auch um das Thema „Digitale Verwaltung: Vernetzt und innovativ“. Bereits im Oktober hatte die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern in Berlin den Weg für ein innovatives „Bürgerportal“ freigemacht, für das es sogar einer Änderung des Grundgesetzes bedarf und das die digitalen Angebote des Staates für alle Bürgerinnen und Bürger bündeln soll. In der Presseerklärung der Bundesregierung vom 14. Oktober 2016 heißt es dazu: „Die Onlineanwendungen der öffentlichen Verwal-

tung werden für alle Bürger/-innen und die Wirtschaft über ein vom Bund errichtetes zentrales Bürgerportal erreichbar gemacht, über das auch die Länder ihre Onlinedienstleistungen bereitzustellen haben. Zur Erhöhung der onlinefähigen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung wird beim IT-Planungsrat für die Weiterentwicklung der IT-Verfahren ein Budget bereitgestellt. Der Bund wird in Kürze ein Open-Data-Gesetz für seinen Kompetenzbereich vorlegen. Die Länder werden in ihrer Zuständigkeit – soweit noch nicht geschehen – ebenfalls Open-Data-Gesetze erlassen und dabei das Ziel verfolgen, in Anlehnung an die Bundesregelung bundesweit vergleichbare Standards für den Zugang zu öffentlichen Datenpools zu erreichen.“

#### ■ Getrenntes vereint

Die Grundgesetzänderung wird notwendig, weil Bund und Länder ihre Onlinever-

waltungsangebote bisher getrennt voneinander betreiben. Das solle sich jetzt ändern, erklärte Kanzleramtsminister Peter Altmaier am 17. November 2016 gegenüber der „Rheinischen Post“ und erläuterte, dass Bund und Länder verpflichtet würden, „ihre Onlineverwaltungsportale miteinander so zu verknüpfen, dass die Onlineangebote aller Verwaltungsebenen über jedes dieser Portale zugänglich und abwickelbar sind“.

Wie das genau gelingen soll, verriet Altmaier nicht. Von einem Länderportal zum Einwohnermeldeamt einer Kommune zu verlinken, ist das eine. Dort aber auch eine Ummeldung online durchführen zu können, ohne persönlich zum Bürgeramt zu müssen, ist das andere: Das funktioniert in Deutschland bislang nämlich nicht. Daran hat auch der digitale Personalausweis bisher nichts geändert. Vorreiterstaaten wie Estland haben es da deutlich einfacher: Weniger Bevölke-

rung, zentrale Strukturen – die Daten laufen und Bürgerinnen und Bürger können fast jeden Behördengang komplett online erledigen. In Deutschland verhindern das bislang zwei Dinge: föderalistische und damit einhergehend dezentrale Strukturen, die auf der IT-Seite zum Teil inkompatibel sind. Strenge Datenschutzgesetze tun ihr Übriges. So hat sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Gipfel für eine Neugestaltung des Datenschutzes ausgesprochen: „Das Prinzip der Datensparsamkeit kann nicht die Richtschnur sein für die neuen Produkte“, sagte sie in Saarbrücken und bestätigte damit Vizekanzler Sigmar Gabriel, der ebenfalls eine Wende zur „Datensouveränität“ gefordert hatte, deren Maxime sein müsse, Daten nicht zu minimieren. Wenn es mittlerweile ein einheitliches, vom Bundesamt bis zur Kommune funktionierendes System zur Erfassung der Kerndaten von Flüchtlingen gebe, sei nicht zu begreifen, warum es ein solches System

nicht auch für Bürgerinnen und Bürger gebe, die seit Langem hier leben.

### ■ Mitarbeiter mitnehmen

Ob das Ziel, die Onlineangebote aller Verwaltungsebenen über jedes dieser Portale zugänglich und abwickelbar zu machen, innerhalb von wenigen Jahren verwirklicht werden kann, darf indes bezweifelt werden. Unzweifelhaft dagegen ist, dass die Beschäftigten in den Verwaltungen einen Kraftakt vor sich haben. Sie müssen angemessen an allen Prozessen im Zusammenhang mit der Digitalisierung beteiligt werden. Das hat der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Hans-Ulrich Benra, am 17. November 2016 auf dem Nationalen IT-Gipfel deutlich gemacht.

Die Mitarbeiter müssten mitgestalten können und dafür auch entsprechend qualifiziert werden, um Fortschritte bei der Digitalisierung der Verwaltung zu erreichen. Zudem dürfte digitale Verwaltung nicht an den Bürgern vorbeigeplant werden. Daher müsse der Maßstab der Umsetzung von Digitalisierungsprozessen nicht das technisch Machbare oder die größtmögliche Rationalisierung sein, sondern der konkrete Nutzen für die Nutzer. Deutliche Defizite im Digitalisierungsprozess im Bereich der öffentlichen Verwaltung sieht auch die dbb jugend, nach deren Einschätzung Deutschland technisch grundsätzlich hinterhinkt: Wenn es in manchen Verwaltungen nicht einmal zeitgemäße Hardware und schnelle Internetanschlüsse gebe, sei es Utopie, von einer smarten Verwaltung zu spre-

chen, sagt dbb jugend-Chefin Sandra Kothe.

### ■ Strukturen vereinheitlichen

In diesem Zusammenhang stößt auch die Forderung des Nationalen Normenkontrollrates nach einem „E-Government-Pakt Deutschland“ beim dbb auf Zustimmung. „Allerdings darf es nicht bei schönen Worten und Plänen bleiben“, hatte dbb Chef Klaus Dauderstädt bereits am 16. Juni 2015 zu dem Gutachten „E-Government in Deutschland: Wie der Aufstieg gelingen kann“, das der Normenkontrollrat vorgestellt hatte, gesagt. „Sowohl die Bürger als auch die Beschäftigten in der Verwaltung erwarten, dass die konkreten Handlungsempfehlungen aus dem Arbeitsprogramm nun auch umgesetzt werden, damit das Ziel – eine bessere Verzahnung und

Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und eine neue Qualität der Zusammenarbeit – auch tatsächlich erreicht wird. Nicht erst die Flüchtlingskrise hat auf Eindrücklichste deutlich gemacht, wie notwendig diese Schritte sind, damit der Staat effizient und effektiv handeln kann.“

Das Gutachten empfiehlt einen neuen IT-Staatsvertrag, der einen verbindlichen „Digitalen Servicestandard für Deutschland“ festlegt. Die operative Umsetzung soll durch eine „Organisation Digitale Verwaltung“ vorangetrieben werden. „Dass im Gutachten gefordert wird, der föderalen Zusammenarbeit auf der Grundlage einer neuen Vereinbarung auf höchster politischer Ebene zwischen Bund, Ländern und Kommunen klare Ziele zu setzen, unterstützen wir“, bekräftigte der dbb Chef.

br

## Medizinischer Sprachführer:

# Arabisch und Farsi für Ärzte

Wie verständigen sich Ärzte mit Migranten aus dem arabischen Sprachraum, die noch nicht lange in Deutschland sind? Zuwanderer brauchen Zeit, um die schwere Sprache zu lernen, und medizinische Konversation gestaltet sich doppelt kompliziert. Ein neuer medizinischer Sprachführer soll nicht nur die Kommunikation erleichtern, sondern auch kulturelle Klippen umschiffen helfen.

Der medizinische Sprachführer „MedGuide“ hilft bei der Kommunikation mit arabisch oder farsi beziehungsweise persisch sprechenden Patienten. Mit ihm können Ärzte auch ohne Dolmetscher eine ausführliche Anamnese und einen klinischen Befund erheben und dem Patienten bestimmte Behandlungsschritte wesentlich leichter erläutern. Auf 100 Seiten finden sich zahlreiche Anleitungen mit aussagekräftigen Illustrationen, die typisch sind für die Hausarztpraxis, für Fachärzte der Inneren Medizin und in der Klinik oder der Notaufnahme. Das Werk umfasst über 500 Fragen & Antworten und ist in dieser Detailtiefe in Deutschland erstmals verfügbar.

Die Inhalte reichen von der Anamnese akuter Beschwerden und der Vorgeschichte über körperliche Untersuchungen bis hin zu möglichen Therapien oder Operationen. Aspekte wie Patienteninformationen, Verhaltensregeln im Krankenhaus oder bei Infektion und Weiteres mehr runden den MedGuide ab.

Entwickelt und umgesetzt hat den Sprachführer ein Fachärzteam aus Husum in Nordfriesland. Die Erfahrungen aus der Arbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge sowie in der Notaufnahme sind in die Arbeit eingeflossen. Hierbei waren Ärzte aus den Bereichen Innere Medizin, Psychiatrie und Psychotherapie sowie Hausärzte aus der Region beteiligt.

Der MedGuide – Medizinischer Sprachführer Deutsch, Arabisch, Farsi kann für 19,90 Euro bestellt werden unter: [www.edition-willkommen.de](http://www.edition-willkommen.de)



